Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 59, und die Post zu beziehen Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 3. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., f. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 276. **Dienstag, den 27. November 1900.** 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 24. November 1900.

Aus dem Reichstage. Die Besprechung unserer Interpellation, die den Reichskanzler fragt, welche Maßregeln er gegen den Grafen Posadowsky und seinen Schuldgenossen den Direktor v. Woedtke, wegen der 12 000 Mk.-Affäre ergreifen werde, füllte heute die Sitzung. Mit vornehmer Sachlichkeit begründete Auer die Vorlage und wirkte dadurch nur um so vernichtender. Dem Eindruck seiner Rede schien sich selbst der Reichskanzler nicht ganz entziehen zu können. Wenigstens war ein ähnliches Urtheil aus seinen Worten herauszulesen. Auers Rede war eine große Abrechnung mit der Regierungspolitik der letzten Jahre, die in sklavischer Abhängigkeit von dem Zentralverband der Industriellen sich befand und dadurch zur unverhüllten Klassenpolitik wurde. Jedes Wort, das Auer sprach, war fein abgewogen, so fein abgewogen, daß es unwiderlegbar wurde.

Daß sich nachher Herr v. Kardorff im Namen seines abwesenden Freundes, des Königs von Saarabien, doch daran die Zähne auszubrechen versuchte, ist ja selbstverständlich. Es glückte ihm aber nicht, ein Stück herauszubeißen. Nicht die beiden Schuldigen bekämpfte Auer als Personen, sondern mit vollem Rechte das System. Aber bleiben können die beiden natürlich nicht an so verantwortlicher Stelle: „Darum hinaus mit ihnen!“ so schloß unser Redner sehr wirkungsvoll unter dem Beifall der gesammten Linke.

Aus der Erwiderung des Reichskanzlers klang hervor, wie unangenehm ihm diese Erbschaft ist. Unter seiner Verantwortung hätte sich dieser Mißgriff nicht ereignen können, meinte er. Und strenge Anweisung sei an das betr. Ressort ergangen, sich nie wieder in solche Geschäfte einzulassen. Das ließ sich ja so ziemlich hören, aber der Pferdefuß kam nach. An eine Bestrafung der Schuldigen denkt der Reichskanzler nicht, sie bleiben im Amt. Und weshalb? Graf Bülow that so, als stecke hinter der ganzen Affäre eine weitschichtige Intrigue, die es auf den Sturz des verdienten Posadowsky abgesehen habe. Und der solle kein Gefallen geschehen. Mit Recht machte Genosse Dr. Schoenlank geltend, daß es gar nicht darauf ankomme, wie das Delikt entdeckt sei. Wenn es entdeckt sei, dann müsse es auch bestraft werden.

In der Besprechung, die sich an die Erklärung des Reichskanzlers anschloß, nahm zuerst der Nationalliberale Büsing das Wort, um recht zahm und matt „das Verhalten des Herrn v. Woedtke in ernstester Weise zu mißbilligen.“ Mit der Erklärung des Reichskanzlers war er durchaus zufrieden. Der Abgeordnete Munckel dagegen war nicht so „rührend bescheiden“, „voll und ganz“ zufrieden zu sein. Er schlug in seiner sarkastischen Art vor, die 12 000 Mk. dem Agitator des Zentralverbandes, Herrn Bueck zurückzugeben. Er erklärte sich im Uebrigen mit den Ausführungen Auers, die die Regierung verdient habe, vollständig einverstanden. Der Zuchthausvorlage weinte Herr v. Levetzow noch nachträglich neue Thränen nach und meinte, der Zentralverband der Industriellen sei gar nicht so schlimm, „manche“ ihrer Mitglieder behandelten ihre Arbeiter gut. Dieses Wort „manche“ spricht Bände. Herr v. Levetzow vertheidigt also einen Verein, von dessen Mehrheit er überzeugt ist, daß sie ihre Arbeiter schlecht behandelt, und giebt nicht zu, daß die Arbeitgeber die Feinde der Arbeiter sind. Auf der Höhe der Regierungsfähigkeit stand heute das Zentrum, das als Redner Herrn Lieber vorgeschickt hatte. Wer nicht gerade ins Plenum hinuntersah, der konnte glauben, der Reichskanzler spräche wieder. Noch niemals ist so klar hervorgetreten wie eng verbunden die Regierung mit dem Zentrum ist. Eine Art Arbeitstheilung herrschte scheinbar Graf Bülow konnte doch nicht gut den Grafen Posadowsky tadeln und ihn loben, deshalb kam man überein, daß das Lob Posadowskys von dem Reichskanzler Nr. 2, gesungen werden sollte. Bei dieser Gelegenheit bekamen wir auch zu hören, was wir unbegreiflicher Weise noch nicht wußten, daß Graf Posa „arbeiterfreundlich“ gesinnt ist. Wir können nicht umhin, Dr. Lieber unsern Dank für diese Belehrung auszusprechen. Armer Posadowsky, das Lob des Herrn Lieber war die einzige Zuckerpille unter den vielen bitteren Pillen, die Du heute zu schlucken bekamst. Stumm mußtest Du da sitzen und stumm alles hinunter würgen. Denn es scheint, daß Dein Hoher Chef doch eine Strafe für Dich ausgedacht hat: Er hat Dich, den einstigen Sprecher der Regierung, zur Schweigsamkeit verdammt. Er hat Dich vom selbstständigen Oberbeamten zum subalternen Ressortvorsteher degradirt. Wie bitter mag Dir das Schweigen angekommen sein — weniger vielleicht als Dr. Pachnicke noch einmal von alten Sünden sprach — aber als Dr. Schönlank noch einmal mit aller Schärfe darlegte, wie sehr die „unparteiische Hüterin“ Regierung Sklavin einer Partei sei, wie der Zentralverband der Großindustriellen die eigentliche Stelle für Sozialpolitik gewesen sei und nicht das Amt in der Wilhelmstraße. Als nach den wirkungsvollen Ausführungen Schönlanks der Präsident die Diskussion schloß, da Niemand mehr auf der Rednerliste stehe, rief Singer unter großer Heiterkeit des Hauses: „Und wo bleibt Posadowsky?“ Und im Chorus schallte es aus den Reihen der Sozialdemokratie zurück: „Er schweigt“. Graf Posadowsky aber packte seine Mappe zusammen und ging hinaus. Er sah aber lange nicht so stolz und selbstbewußt aus wie sonst. Wenn er auch bleibt, so ist er von heute ab doch ein todter Mann. — Die nächste Sitzung findet am Montag statt. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Oriola und die Seemannsordnung.

---

7. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Reichskanzler Graf v. Bülow, Graf v. Posadowsky, Frhr. v. Richthofen.

Zunächst wird ein schleuniger Antrag Albrecht (SD.) auf Einstellung der gegen den Abg. Zubeil (SD.) schwebenden Strafverfahren debattelos angenommen.

Es folgt hierauf die Interpellation Albrecht und Genossen (SD.):

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler gegen die Beamten des Reichsamts des Innern zu ergreifen, welches von einer Interessentengruppe, dem Zentralverbande deutscher Industrieller, die Summe von zwölftausend Mark gefordert und erhalten hat, um damit die Agitation für den vom Bundesrath dem Reichstage am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben?“

Das Wort zur Begründung der Interpellation erhält:

Auer (SD.): Das Bittgesuch der Regierung an die Großindustriellen um Zuschuß zur Agitation für die Zuchthausvorlage bringt die Regierung in ein unerhörtes Abhängigkeitsverhältniß. Daß die ganze Angelegenheit wahr ist, das beweist mir die Antwort der Regierung. Der Brief, der unserer Interpellation zu Grunde liegt, ist echt, darüber ist kein Zweifel. Herr Bueck hat aus naheliegenden Gründen die Bitte der Regierung nicht zurückgewiesen. Aber erst auf die dringendste Forderung hin kam eine Erklärung in der „Berliner Korrespondenz“, die die Thatsache zugab. Es steht danach fest die Echtheit des Briefes durch wiederholte Erklärungen des Herrn Bueck selbst und die Richtigkeit des Inhalts durch das Zugeständniß der Regierung. Also die Regierung that den Großindustriellen Handlangerdienste. (Sehr richtig! links.) Ein scheinbarer Widerspruch ist, daß die Regierung die Summe erbeten hat nach Bueck, daß nach ihren eigenen Angaben die Summe ihr zur Verfügung gestellt ist. Nun die Erklärung ist: Erst hat die Regierung gebeten und dann ist ihr die Summe zur Verfügung gestellt worden. Bismarck sind seiner Zeit auch die Mittel zur Gründung des Volkswirthschaftsraths im Betrage von 16 000 Mark angeboten worden, als er sie vom Volk nicht erhielt. Und dabei suchte sich Bismarck im Volkswirthschaftsrath eine außerparlamentarische Stütze zu schaffen für seine zollpolitischen Bestrebungen. Damals ist das Geld angeboten worden für einen privaten Zweck, hier bettelt man darum mit Erfolg. Und die Sache geht aus von einem hohen Beamten in einer öffentlichen Sache, die dadurch die Regierung von vornherein parteiisch machen mußte. (Sehr richtig, bei den Soz.) Das preußische Königthum der „Armen“ (Lachen bei den Soz.) wendet sich an die Großindustriellen zur Unterdrückung dieser Armen, um sie zu stumpfen Sklaven zu machen. (Widerspruch rechts Bravo links.) Das ist eine traurige Erscheinung. (Sehr richtig, links.) Die Herren Großindustriellen verstehen ihr Geschäft und wissen, wenn es Zeit ist, Geld in den Beutel zu thun. Umsonst geben sie nichts und auch nichts für Reichszwecke, sondern nur in ihrem persönlichen Interesse. Die Aeußerung des Herrn Bueck spricht Bände. (Sehr richtig, bei den Soz.) Die Unbestechlichkeit unserer Regierung wurde immer hervorgehoben. Es handelt sich auch nicht um persönliche Bestechung. Um was es sich handelt, ist viel schlimmer. Einer Bestechung kann man leicht unterliegen. Das hat ja auch der Prozeß Sternberg bewiesen. Der einzelne wird oft fallen. Aber hier handelt es sich nicht um den Fehltritt eines einzelnen, sondern um die moralische Auffassung eines ganzen Ministeriums. „Die Belege für Verwendung der 12 000 Mark sind da? Was ist sonst dabei?“ so fragen die Herren. (Lachen.) Sie haben gar kein Verständniß für den wahren Sachverhalt. Der Einfluß der Interessenvertretung zeigt sich immer deutlicher. Er wird von allen Seiten beklagt, selbst von industrieller Seite. Die Position der Scharfmacher des Zentralverbandes ist aber in ihrem Einfluß unverwundbar Es ist notorisch, daß hier von der Regierung offen erklärt worden ist, daß die Zuchthausvorlage gewünscht werde. Und der Zentralverband der Industriellen hat sich damit gebrüstet, daß sein Einfluß die Vorlage erwirkt habe (Hört! hört! links.) Ueberall sieht man, wie die Staatsgewalt in den Dienst des Unternehmerthums gestellt wird. Ob es sich nun hierum handelt oder um die Zuckerausfuhrprämie für die Zuckerproduzenten. Der Geh. Finanzrath Jencke macht auch gar kein Geheimniß daraus, sondern spricht von einem „recht engen“ Verkehr mit der Regierung. Wir erheben keinen Vorwurf gegen die Regierung, daß sie sich Informationen holt bei den Interessenten, aber wir machen ihr zum Vorwurf die Einseitigkeit. (Sehr richtig, bei den Soz.) Oder sind etwa Arbeiterorganisationen, deren Mitglieder nach Hunderttausenden zählen, gefragt worden? Alle in Frage kommenden Reichsämter sind eingeladen worden zur Verhandlung des Kongresses der Gastwirthsgehilfen. Kein Regierungsmitglied ist auch nur eine Stunde lang dagewesen. (Lebhafte Zustimmunn bei den Soz.) Also die Regierung will gar nicht sich direkt informiren. „Die Lage der Dienstgeschäfte gestatte es nicht, einen Vertreter zu senden. J. A. v. Woedtke“ (Lachen) wurde geantwortet. (Große Heiterkeit.) Solche Vorgänge machen böses Blut. (Sehr richtig.) Es ist eine ständige Klage der Fabrikinspektoren, daß die zuständigen Behörden die Fabrikanten mit einer Milde und ohne Gleichen entgegenkommen, wenn sie sich strafbar gemacht haben. Die Entwickelung des deutschen Reiches zum Klassenstaat ist schon weit vorgeschritten, wenn die Regierung sich zu Bittstellern bei einer Klasse herabwürdigt. (Sehr richtig!) Wie hat man es nicht mit dem Sozialpolitik treibenden v. Rottenburg gemacht, als er Unterstaatssekretär war von seiten des Zentralverbandes. Herr Bueck, der bezahlte Agitator, hat 1899 ihn als Dilettanten auf sozialpolitischem Gebiete bezeichnet. Und dabei war Herr v. Rottenburg mit Erfolg thätig. Im August desselben Jahres trat Herr v. Bötticher hier auf und erklärt den Industriellen: Wir arbeiten ja nur für Sie. (Beifall und Zustimmung.) Ich weiß nicht wie unser Leipziger Organ in den Besitz des Briefes gekommen ist (Zuruf), und wenn ich es wüßte, dann würde ich es nicht sagen. Für uns ist die Frage maßgebend, in wessen Diensten arbeitet die Regierung und wenn Sie nur mit ihren Belegen hier sich rechtfertigen wollen, dann werden unsere Presse und unsere Redner sich weiter damit beschäftigen. (Sehr richtig!) Daß der Einfluß der Scharfmacher noch viel weiter reicht, dafür haben wir viele Beweise. Seit der Scharfmacher im Saarrevier seinen Bannstrahl gegen die Geistlichen schleuderte, ist es mit sozialen Empfindungen bei der protestantischen Geistlichkeit vorbei: Und das böse Beispiel hat auch auf die katholische Geistlichkeit gewirkt. (Sehr richtig! links.) Gerade sie hat dazu beigetragen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu erschweren und die Verständigung zwischen katholischen und nicht katholischen Arbeitern zu verhindern. Herr v. Wangenheim stieß hier vorgestern den Schmerzensschrei aus, daß den Junkern jetzt Konkurrenz gemacht werde in Geltendmachung des Einflusses auf Hintertreppen; dieser Einfluß ist da und die Arbeiter empfinden ihn längst. Ein Beispiel der böswilligen Erfindungen, die hiervon ausgehen, haben wir erst neulich gehört. Und angesichts aller dieser Dinge hat Herr v. Woedtke an die Industriellen sein Gesuch gestellt. Ich frage, wer hat die Verantwortung dafür. Und wir sagen und mit uns wohl alle anständigen Männer: Fort mit solchem System und Männern, welche die Verantwortung dafür tragen. (Lebh. Bravo! links.)

Reichskanzler v. Bülow: Die Begründung der Interpellation durch den Vorredner stand im wohlthuenden Gegensatz zu der Ausschlachtung des Falles durch die sozialdemokratische Presse. Diese suchte, was auch der Abgeordnete Auer offen sagte, die Verhältnisse so darzustellen, als ob unsere Regierung abhängig sei von bestimmten Interessen-Gruppen. Ich halte es für die Pflicht der Regierung, nicht nur nicht abhängig zu sein von solchen Gruppen, sondern auch den Schein solcher Abhängigkeit zu vermeiden. (Sehr richtig! links.) Deshalb stehe ich nicht an, den in dieser Sache eingeschlagenen Weg für einen Mißweg zu bezeichnen. Im vollen Einverständniß mit dem Staatssekretär des Innern ist über diese meine Auffassung das betheiligte Ressort aufgeklärt worden. Zu weiteren Maßnahmen sehe ich mich nicht veranlaßt. (Hört, hört! links.) Ein Grund dafür liegt in der Art und Weise, wie der betr. Brief an die Oeffentlichkeit gekommen ist. Vor Intriguen, die gegen bestimmte Personen gerichtet sind, beuge ich mich nicht. (Große Unruhe links) Im Uebrigen werde ich dafür sorgen, daß ein solcher Agitationsstoff den Herren nicht wieder geboten werden soll. (Ruf links: Das glauben wir!) (Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. Singer wird in eine Besprechung der Interpellation eingetreten.

Büsing (NL.): Der Fall ist in der sozialdemokratischen Presse sehr aufgebauscht worden. Die persönliche Integrität der preußischen Beamten steht außer Zweifel. Was den Fall selbst betrifft, so sind meine politischen Freunde einmüthig in der Verurtheilung desselben. Die Regierung mußte auch den leisesten Schein einer einseitigen Parteinahme vermeiden. Widersprechen muß ich aber dem Abg. Auer, daß das Gesetz den einzigen Zweck hatte, den Armen und Enterbten ihre einzige Waffe, das Koalitionsrecht, zu rauben. Es sollte vielmehr die Arbeitswilligen gegen den Terrorismus schützen. Hätten meine Freunde es für ein Parteigesetz gehalten, so hätten sie nicht versucht, den berechtigten Kern herauszuschälen. Aber in weiten Kreisen galt die Vorlage lediglich als Parteigesetz, und um so weniger durfte die Regierung jenes Verhalten einschlagen, da die Regierung über den Parteien stehen soll. Wir können daher das Verhalten jenes Beamten in keiner Weise entschuldigen, sondern müssen es mißbilligen und sind zufrieden, daß auch der Reichskanzler es mißbilligt und in Zukunft verhindern wird. (Bravo rechts.)

Munkel (FVp.). Ja, sollte der Reichskanzler noch weniger sagen?! Sollte er vielleicht das Verhalten jenes Beamten billigen? Wer von seiner Erklärung voll und ganz zufrieden ist, ist wahrlich sehr bescheiden. (Sehr richtig! links) Der Reichskanzler ist in der unangenehmen Lage, Dinge vertreten zu müssen, die vor seiner Amtsführung lagen. Aber die großen und kleinen Posten, die er zu vertreten hat, die 153 Millionen und die 12 000 Mark haben eine gewisse Aehnlichkeit. Jene sind vor der Genehmigung ausgegeben, diese ohne Kenntniß des Reichskanzlers vereinnahmt. Was soll denn mit diesen 12 000 Mk. geschehen? Am besten wäre es vielleicht, sie Herrn Bueck mit bestem Dank zurückzugeben. (Heiterkeit) Die wiederholte Mißachtung des Reichstages ist eine Sache, die allein schon Bedenken erregen sollte. Das angenehmste in den Ausführungen des Reichskanzlers war die Bemerkung, daß

die harte Verurtheilung, die Aner übte, eine maßvolle war. Die Sache richtet sich in der That nicht gegen Personen. Aber je mehr bona fides, desto schlimmer für uns. (Sehr richtig! links.) Dann hat man in einem der höchsten Reichsämter gar keine Ahnung von der Tragweite ihrer Handlungen. Gewiß, eine Regierung ist um so besser, je höher sie über den Parteien steht, aber um so schlechter, je tiefer sie unter den Parteien steht (Sehr richtig! links) und noch um so schlechter, wenn sie sich um einer Lappalie in den Dienst einer Partei stellt. Die 12000 Mk. haben die Industriellen doch nicht bezahlt, um die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern. Man hat also Regierung und Gesetzgebung kompromittirt. Und wenn der Kanzler sagt: Ja wohl, aber es soll nicht wieder geschehen. So verzeiht man Kindern. Durch unsere Gesetzgebung geht der Zug der Unkenntniß der Gesetze, die das Publikum nicht schützt, wohl aber den Beamten. (Sehr richtig! links.) Ich möchte vom Reichskanzler noch Aufklärung darüber haben, welche Vorkehrungen er treffen will, um solche Vorgänge in Zukunft zu verhindern und was mit den 12000 Mk. geschehen soll. (Lebh. Beifall! links.)

v. Levetzow (K.): Das betreffende Gesetz war kein Gesetz zur Beseitigung des Koalitionsrechtes der Arbeiter (Bebel: Was denn), sondern sehr nöthig zur Eindämmung der sozialdemokratischen Agitation. An der Agitation dafür hatten viele ein Interesse, und wenn ich den Hintertreppenweg dafür auch nicht billigen kann, so finde ich es doch erklärlich, daß Jemand auf den Gedanken kam, ihn zu betreten, und darin finde ich eine Entschuldigung für Herrn v. Woedtke. Ich bestreite übrigens, daß nur eine Partei die Arbeiterinteressen vertritt. Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß etwas ganz Unerhörtes nicht geschehen sei.

Lieber (Z.): Im Gegensatz zu dem Vorredner haben meine Freunde jenen Gesetzentwurf abgelehnt und werden es nicht zugeben, ihn jetzt als arbeiterfreundlich zu bezeichnen, namentlich nicht auf dem Wege der Hintertreppen. Aber unsere wesentlichen Beschwerden sind durch die bündigen Erklärungen des Reichskanzlers beseitigt. Den Staatssekretär des Innern haben wir als einen Mann kennen gelernt, der völlig unabhängig ist von den Kreisen, an die sein Beamter sich um Geld gewendet hat. Ich bin vollkommen einverstanden mit dem Herrn Reichskanzler. Ich kann nicht in seiner Seele lesen. Ich glaube aber, der Herr Reichskanzler wird die Ansicht aussprechen, daß es sich hier um Angelegenheiten innerer Natur handelt. Die Gelder soll mir erst Herr Munckel nachweisen. In welchen Abtheilungen sind die verwandt worden? Dann läßt sich weiter über die Sache reden. Man soll nicht Rache nehmen, meinen die Herren Sozialdemokraten. Nun gut, dann sollen sie hier auch die Persönlichkeiten verschonen. (Heiterkeit.) Nach der Versicherung des Herrn Reichskanzlers, die so ehrlich gegeben ist, können wir zufrieden sein. Ausführlich geht dann Redner auf die Frage des Hirtenbriefs ein und versucht die Bischöfe in Schutz zu nehmen.

v. Kardorff (Rp.): Eine Vorlage zum Schutze großer, weiter Arbeiterkreise ist die Vorlage gewesen, um die es heute sich handelt. Die Gefahren sind groß, daß die Koalitionsfreiheit zu Ueberschreitungen der zulässigen Grenzen führt. In diesem Sinne hat Herr v. Stumm immer vor einer Erweiterung des Koalitionsrechtes gewarnt. Den Zentralverband habe ich ins Leben gerufen. (Große Heiterkeit.) Es ist eine nützliche Institution zur Förderung der Industrie. Ich betrachte die Angelegenheit als erledigt. (Beifall rechts.)

Dr. Pachnicke (Frs. Vg.): Ob die Sache nunmehr erledigt ist, das ist doch sehr die Frage. Die Auskunftserklärung des Reichskanzlers ist gut, aber nicht ausreichend ist die Erklärung, daß er keine Maßregel folgen lassen wird. Vielleicht aber zieht der Herr, der so vor dem ganzen Haus gerügt worden ist, es vor, selbst die Konsequenz daraus zu ziehen. Keineswegs darf durch Nebenbeziehungen der Thatbestand verdunkelt werden. Man hat auf Intriguen gerathen, die von freihändlerischer Seite ins Leben gerufen worden wären. Ich kann nur sagen, wir waren genau so überrascht über den Brief wie Alle. Nicht der Sturz eines Beamten hat Einfluß auf die Handelsverträge. Aber der Brief ist da und deshalb müssen wir Stellung nehmen. Geld ist angenommen worden in einer Angelegenheit, die einer Interessengruppe Vortheil bringen konnte. Deshalb drücken wir unser Bedauern lebhaft aus. Wir bezeichnen es als einen groben, politischen Fehler. Das Gesetz trug den Charakter der Klassenbevorzugung (Sehr richtig! links). Aber auch wenn das Gesetz nicht so schlecht gewesen wäre, wir müßten doch protestiren. Denn dieses Inverbindungtreten der Regierung mit Interessenverbindungen ist unter allen Umständen zu verurtheilen. Der Staatsmann darf nicht mit dem Interessenten verwechselt werden. Wir haben unser Renommee geschädigt. (Bravo!)

Dr. Schönlank (SD.): Der Herr Reichskanzler begründete am Schlusse seiner Ausführungen sein Nichteinschreiten gegen die Schuldigen mit der agitatorischen Art der sozialdemokratischen Presse. Das ist lediglich ein diplomatischer Winkelzug; es steht zweifellos fest, daß die ganzen Leser der Provinzblätter betrogen worden sind durch die von den Industriellen bezahlten Artikel, da sie glaubten, sie seien unparteiisch. (Zustimmung links). In welchen Beziehungen steht das Amt des Innern zu dem Verbande? Diese Frage ist nicht beantwortet worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Glauben Sie, daß der Beamte, der das gethan hat, heute noch im Amte säße, wenn er hinter dem Rücken des Grafen Posadowsky gehandelt und ihn bloßgestellt hätte? Das Reichsamt des Innern hat doch wohl Disziplin. Hat Graf Posadowsky die Sache erst später erfahren, dann würden schöne Zustände im Reichsamt des Innern herrschen, wenn keine Disziplinirung erfolgte. Nein, die Thatsache besteht, die Regierung hat Interessengelder erbettelt und erhalten für die Agitation gegen die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was würden Sie sagen, wenn die Nachricht durch die Presse ginge, daß die Regierung für die Verfolgung arbeiterfreundlicher Maßregeln sich Geld geben ließe. Die theoretische Möglichkeit läge ja immerhin vor. Das intime Verhältniß zwischen der Regierung und den Scharfmachern, das sich in dem Bettelgang des Herrn v. Woedtke offenbart, besteht übrigens schon seit langer Zeit. Ich erinnere an einen Bericht der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitg." vom Jahre 1889 über ein Diner des Zentralverbandes, bei welchem als Vertreter des Reichsamts des Innern Herr v. Bötticher sowie der Vertreter des Reichsschatzamts anwesend waren. Damals sagte Herr Geheimrath Freck, der Vertreter der Krupp'schen Werke, Herr v. Bötticher sei der Mann, der für die Industrie immer ein offenes Ohr habe. Nun, das offene Ohr für den Zentralverband hat die Regierung schon 1889 gehabt, jetzt, im Jahre 1900, hat sie auch die offene Hand. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Zentralverband ist überhaupt der Herr über die ganze bisherige Sozialpolitik gewesen. Ihm ist es zu verdanken gewesen, daß bereits in die Gewerbenovelle vom Jahre 1890 der Gedanke der Zuchthausvorlage als Embryo hineingekommen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Freilich fiel in der Kommission jener § 153; aber schon 1891 regten die Scharfmacher des Zentralverbandes an, die damaligen Vorschläge wieder aufzunehmen. Schon damals verlangten sie den sog. Schutz der Arbeitswilligen, d. h. die Beseitigung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, von der Regierung. (Sehr wahr! links). Schon im Jahre 1893 servirte der Zentralverband der Industriellen das Zuchthausgesetz. Auch bei der Reform der Unfallversicherungsgesetzgebung hat die Regierung vor dem Zentralverband unrühmlich kapitulirt, wie 1806 die preußischen Festungen vor den Franzosen. Redner zeigt dies im Einzelnen. Deswegen ist Graf Posadowsky von vorgeschrittenen Sozialreformern und selbst von der „Sozialen Praxis" angegriffen worden, wenn er auch immer als die reine rechte Unschuld und weißes Lämmchen auftrat. (Heiterkeit.) Herr Buck aber verkündete triumphirend, daß die Leute, welche die überstürzende Arbeit auf dem Gebiete der Sozialreform gewollt hätten (hört! hört! links), Männern mit ruhiger und nüchterner Auffassung der Dinge Platz gemacht hätten. Auf die Vorstellungen des Scharfmacherverbandes hin hat der Bundesrath einfach auf dem Verordnungswege den jugendlichen Arbeitern in den Spinnereien die Nachmittagspause vor den hohen Festtagen beseitigt (hört! hört! bei den Soz.). Dieser Einfluß der Scharfmacher kulminirt im Zuchthausgesetz. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie versuchten das Gesetz noch zu retten, als es bereits ein Aussehen hatte, daß es ein Skandal war, als es sich bereits im Zustand der Verwesung befand. (Sehr gut! bei den Soz.) Und wie rührend klagte Graf Posadowsky über die Verscharrung des Zuchthausgesetzes! Drei Tage vor der Verscharrung desselben faßten die Herren vom Zentralverband eine feierliche Resolution zu Gunsten des Zuchthausgesetzes. Sie empfanden eben Vaterschmerzen. (Sehr gut! bei den Soz.) Es war ihnen sozusagen ein Kind als Frühgeburt gekommen, und zu dem Schmerz über seinen Verlust wurden sie heimgesucht durch den Bittgang des Herrn v. Woedtke um die 12000 Mark. Eine kostspielige Alimentationsgeschichte. (Heiterkeit.) Das Subsidienverhältniß zwischen der Regierung und den Scharfmachern ist mir ein Symptom dafür, daß die Regierung die Beauftragte des Unternehmerthums ist, möge es ihr als Großgrundbesitz, als Großindustrielle oder als Großkapitalismus gegenüberstehen. (Bravo! bei den Soz.) Wir haben keinen Kultur- und Rechtsstaat, sondern einen Polizei-, Junker- und Kapitalistenstaat. (Rufe bei den Soz.: So ist es!) Die enthüllte Korruption ist viel schlimmer, als die persönlicher Bestechungen. In einem parlamentarisch regierten Staate würde eine solche Regierung weggefegt werden; unter unserem persönlichen Regiment sind die Reichsämter nur Organe sehr hoher und einflußreicher Kreise. (Sehr gut! bei den Soz.) Sie sprechen von Intriguen und Machenschaften, weil man solche Dinge aufdeckt. (Sehr gut! links.) Was liegt uns aber an der Person eines Ministers; wir wollen nur zeigen, wie die Regierung die Geschäfte führt im alleinigen Interesse der Schlotjunker! (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Präsident Graf v. Ballestrem: Die Diskussion schließt hiermit. Wir verlassen den Gegenstand.

Singer: Und wo bleibt Graf Posadowsky? (Große Heiterkeit; viele Rufe links: Er schweigt. Erneute große Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Interpellation Oriola betreffend Invalidenfonds; erste Lesung des Entwurfs der Seemannsordnung.

Schluß 5 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Verfassungsänderung, den wir bereits in der Sonntagsnummer im Auszuge mitgetheilt haben, lautet wörtlich, wie folgt:

I. Im Artikel 17 werden die Worte: „welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt" gestrichen.

II. Hinter Artikel 17 sind folgende Bestimmungen einzufügen:

Artikel 17a. Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstag verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers.

Artikel 17b. Wenn der Reichstag den Reichskanzler für schuldig hält, durch eine von ihm zu verantwortende Handlung oder Unterlassung vorsätzlich oder grob fahrlässig seine Amtspflichten verletzt, namentlich verfassungswidrig gehandelt oder sonst das Wohl des Reichs geschädigt zu haben, so kann der Reichstag gegen den Reichskanzler **Anklage** erheben.

Mit dieser Anklage kann der Reichstag die Anklage wegen solcher Handlungen des Reichskanzlers verbinden, welche unter das allgemeine Strafgesetz fallen, soweit sie mit den öffentlichen Obliegenheiten des Reichskanzlers zusammenhängen.

Artikel 17c. Die Verhandlung und Entscheidung über die vom Reichstag gegen den Reichskanzler erhobene Anklage steht dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zu.

Der Reichstag ernennt bei Beginn jeder Legislaturperiode die 24 Mitglieder des Staatsgerichtshofs. Die Berufung in den Staatsgerichtshof darf nicht abgelehnt werden.

Von der Berufung sind ausgeschlossen:

1. die in §§ 32, 33, 34 Nr. 1 bis 6 und 9 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes bezeichneten Personen;
2. Mitglieder des Bundesraths und des Reichstags.

Artikel 17d. Der angeklagte Reichskanzler hat das Recht, bis zu zwölf Mitglieder des Staatsgerichtshofs ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Macht er von diesem Rechte nicht Gebrauch, so ist durch Ausloosung die Zahl der Mitglieder auf zwölf zu bringen. Diese bilden den Gerichtshof und wählen den Vorsitzenden aus ihrer Mitte.

Artikel 17e. Auf das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof finden die Bestimmungen des Gerichtsverfassungs-Gesetzes mit Ausnahme von § 24 und der Strafprozeß-Ordnung sinngemäße Anwendung.

Der Reichstag kann vor Erhebung der Anklage eine Voruntersuchung anordnen und die Untersuchungsrichter ernennen. Der Reichstag ernennt die Vertreter der Anklage vor dem Staatsgerichtshofe. Der Beschluß des Reichstags, den Reichskanzler in Anklage zu versetzen, gilt als Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens. (§ 201 Str.-Pr.-O.)

Artikel 17f. Von der Beschlußfassung des Reichstags über die Erhebung der Anklage bis zur Beendigung des Verfahrens ist der **angeklagte Reichskanzler vom Amte suspendirt.**

Artikel 17g. Im Fall der Verurtheilung ist stets der Reichskanzler seines **Amts verlustig** zu erklären. Außerdem kann nach Beschaffenheit der Umstände auf zeitliche oder dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amts erkannt werden.

Fällt dem angeklagten Reichskanzler auch eine im allgemeinen Strafgesetz vorgesehene Handlung zur Last, so hat der Staatsgerichtshof außerdem die Bestimmungen dieses Gesetzes gegen ihn anzuwenden.

Artikel 17h. Das Recht der Begnadigung oder Strafmilderung zu Gunsten des Verurtheilten darf nur auf Antrag des Reichstags ausgeübt werden.

Artikel 17i. Der Reichskanzler kann vor den ordentlichen Gerichten auf **Ersatz des Schadens** belangt werden, den er

1. durch Anweisung einer vom Reichstag nicht genehmigten Ausgabe oder durch eine mit den Beschlüssen des Reichstags nicht übereinstimmende Verwendung einer genehmigten Ausgabe dem Reiche oder
2. durch eine vom Staatsgerichtshof für strafbar erkannte Handlung dem Reiche oder Privaten zugefügt hat.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die Pflichtwidrigkeit der Handlung ist für die ordentlichen Gerichte bindend.

Reichstrinkgelder scheinen nicht mehr angenommen werden zu sollen. Dies scheint die erste greifbare Wirkung der 12000 Mark-Affaire zu sein. Der neue Kolonialdirektor Dr. Stübel hat das Anerbieten der Kolonialgesellschaft, aus ihrem Vermögen der deutschen Reichsregierung den Betrag von 100000 Mark behufs Beendigung der Vorarbeiten zum Bau der Eisenbahn Dar-es-Salaam—Ulami zur Verfügung zu stellen, mit Dank abgelehnt. Die Gründe für diese Entschließung liegen, wie Dr. Stübel betont, in der Rücksicht, die die Kolonialverwaltung auf die Stellung des Reichstages zur vorliegenden Frage zu nehmen hat, obgleich sie selbst den Eisenbahnbau in Ostafrika lebhaft wünscht. — Wenn deutsche Kapitalisten eine Bahn zwischen Dar-es-Salaam und Ulami wünschen, wird sie kein Mensch hindern, sie aus eigenen Mitteln zu bauen und, bei gehöriger Abgabe vom Reingewinn an das Reich, zu unterhalten.

Eine neue Kaiserrede. In Kiel gab's Freitag eine Marinerekrutenvereidigung, bei der der Kaiser eine Ansprache hielt. Der Kieler Draht des Wolffschen Bureaus scheint gerissen zu sein: es meldet nichts. Nicht nur der Reichskanzler, auch die ihm ergebene Berichterstattung trägt ein Schloß vor dem Munde. Spärlich ist auch die Meldung des Hirsch'schen Bureaus, das berichtet:

„Der Kaiser führte in seiner Rede in der Matrosenkaserne etwa folgendes aus: Nach langer Friedensarbeit sei seit einigen Monaten ein Streit hereingebrochen, der alle gesitteten christlichen Völker im Dienste des Glaubens in die Ferne zu gemeinsamem Vorgehen getrieben habe. Mit Stolz und Freude könne er sagen: Meine Söhne, die mir den Fahneneid geleistet haben und jetzt draußen kämpfen, haben ihn nicht gebrochen. Der Kaiser hob weiterhin hervor, daß die Deutschen ihre Kameraden aus der Schaar der Feinde herausgehauen hätten, weil sie an ihren Fahneneid dachten, und ermahnte die Rekruten, auf demselben Wege zu wandeln."

Man scheint dem Kaiser Wunderdinge von den deutschen Soldaten zu erzählen. Im übrigen trägt der Text der Rede das Zeichen der Zensur an sich.

Wir hauen ja doch alle in eine Kerbe. Die „Sächs. Arbeiter-Zeitung" läßt sich aus dem Reichstag eine kleine, aber für den Wadelstrumpf-Freisinn bezeichnende Episode berichten. Als Herr Rickert behufs Eintragung in die Rednerliste die ihm vom Schriftführer dargereichte Liste durchsah, habe er etwa gesagt: „Na ja, tragen Sie mich nur hinter Kardorff ein. Wir hauen ja doch alle in eine Kerbe." Ueber die freisinnige Stellungnahme zu dem Verfassungsbruch der Regierung und der Hunnenschmach hat Herr Rickert damit in seiner sinnigen Weise das treffendste Urtheil formulirt. Sie haben als Opposition definitiv abgedankt.

Ein Antrag des Abg. Dr. Lieber auf Durchführung der Religionsfreiheit im Deutschen Reiche ist im Reichstage eingebracht worden. Der vom Zentrum unterstützte Antrag Dr. Lieber verlangt volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der häuslichen und öffentlichen Religionsübung für jeden Reichsangehörigen. Die Kindererziehung bei gemischten Ehen richtet sich nach der Vereinbarung der Eltern. Freie Wahl des Glaubensbekenntnisses nach zurückgelegtem 12. Lebensjahr. Austritt aus einer Religionsgemeinschaft erfolgt durch mündliche oder schriftliche Erklärung an das Amtsgericht. Religionsgemeinschaften, welche in einem der Bundesstaaten staatlich anerkannt sind, genießen freie und öffentliche Ausübung ihres Kultus im ganzen Reichsgebiete, sie können Kirchengemeinden und Kirchenämter nach freiem Ermessen errichten. Alle landesrechtlichen Beschränkungen in Bezug auf Spendung der Sakramente und in Bezug auf die Abhaltung von Missionen sind aufgehoben. Religiöse Genossenschaften (Orden) bedürfen zu ihrer Gründung und Thätigkeit keinerlei Genehmigung.

Eine groß angelegte Debatte über die Wohnungsfrage wurde Donnerstag in der Berliner Stadtverordnetenversammlung geführt. Singer und Gen. hatten folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung möge den Magistrat ersuchen, in gemischter Deputation zu berathen, mit welchen Mitteln die herrschende Wohnungsnoth zu beseitigen sei und was von der Stadt zu geschehen habe, um den auf dem Gebiete des Wohnungswesens bestehenden Mißständen zu begegnen.

Mit der Berathung dieses Antrages wurde die Vorlage des Magistrats, betreffend die Errichtung einer Stiftung zur Beschaffung billiger und gesunder Wohnungen für minder bemittelte Einwohner Berlins, verbunden. Es soll zu diesem Zwecke eine König Friedrich-Stiftung mit einem Kapital von einer Million Mark gegründet worden. In der Begründung des Antrages Singer kritisirte Stadtverordneter Genosse Heymann die Magistratsvorlage als eine Art Wohlthat, die nichts werth sei. Umgestaltung des preußischen Enteignungsrechts, die in Zukunft ins Auge zu fassende planmäßige Erweiterung des städtischen Grundbesitzes, die Schaffung erbbaurechtlicher Pachtverhältnisse, die Errichtung städtischer Wohnungsinspektionen, Schaffung eines städtischen Wohnungsamtes, Reform der Gemeinde- und Grundsteuer 2c., das seien die Mittel, wodurch dem Uebelstande abgeholfen werden könne. Dagegen meinte Oberbürgermeister Kirschner, die Steigerung der Wohnungspreise erscheine an sich in Anbetracht der Steigerung der Löhne nicht unberechtigt. Das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz lege der Stadt die Verpflichtung auf, den Unterstützungsbedürftigen Obdach zu gewähren. Dies habe die Stadt gethan. Aber weiter zu gehen, habe der Magistrat in seiner Mehrheit abgelehnt. In kleinen Gemeinden möge die Stadt mit der Errichtung von Wohnungen vorgehen können, aber für Berlin sei dies nicht angängig; denn eine Gemeinde müsse alle Mitglieder gleichmäßig behandeln. Anderenfalls müsse man einen vollständigen Bruch mit dem jetzigen wirthschaftlichen System vollziehen, man würde einfach dem sozialdemokratischen Staate zusteuern, von dessen Vorzügen er sich noch nicht habe überzeugen können. In einer groß angelegten Rede widerlegte Genosse Singer die sozialpolitischen Weisheiten des Herrn Oberbürgermeisters, dessen bedauernswerthe Sachunkenntniß den Grad des Interesses verrathen hat, das man in freisinnigen Kreisen für volksbewegende Fragen besitzt. Beide Anträge wurden schließlich einem Ausschuß zugewiesen.

Ueber die Folgen des Fleischbeschaugesetzes schreibt die „Bresl. Ztg.": „Das Verbot der Einfuhr von geräucherten Fleischwaaren und Konserven nach Preußen, das seit dem 1. Oktober bindet, und eigentlich gegen die

Vereinigten Staaten Amerikas gerichtet war, hat namentlich Oesterreich-Ungarn und insbesondere Galizien empfindlich getroffen. Galizien hatte bis dahin jährlich gegen 450 000 Kilogramm geräucherte Fleischwaaren nach Preußen, zumal nach Schlesien, ausgeführt. Dieses Verbot hat mit der Zeit bewirkt, daß, zumal in Oberschlesien, eine namhafte Vertheuerung des Fleisches überhaupt die Folge geworden ist." — Das aus „sanitären" Gründen" erfolgte Verbot hat also den beabsichtigten agrarischen Zweck bestens erfüllt.

Kleine politische Nachrichten. Der Seniorenkonvent des Reichstages trat Sonnabend Mittag zusammen. Die erste Berathung des Reichshaushaltsetats soll am 3. Dezember stattfinden. Inzwischen sollen die Seemannsordnung, das Privatversicherungsgesetz und verschiedene Anträge erledigt werden. Die Weihnachtsferien sollen am 14. Dezember beginnen und bis zum 8. Januar dauern. — Die „Germania" meldet: Dem Reichstag ging ein Antrag des Abg. Gröber zu, betreffend Erweiterung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb, Regelung des Ausverkaufswesens, Aenderung des Gesetzes über Abzahlungsgeschäfte, Verbot des Gutscheinhandels und Verbot des Betriebes von Waarenhäusern durch Beamte oder Offiziere. Ferner verlangt der Antrag eine Enquete über die Wirkung der Kartelle und der Syndikate. — Vorstand und Aufsichtsrath der Handwerkerbank Beuthen O.-S. hatten an den Kaiser nach Groß-Strehlitz ein Entrüstungstelegramm über das „fluchwürdige Attentat" in Breslau gesandt. Darauf ist den Entrüsteten folgende Antwort zugegangen: „Neudeck, 19. November. Seine Majestät der Kaiser und König lassen für die treuen Segenswünsche anläßlich des einer ernsten Bedeutung glücklicherweise entbehrenden Vorfalls in Breslau bestens danken. Auf Allerhöchsten Befehl v. Lucanus, Geheimer Kabinetsrath." Die patriotischen Drahtzieher, die auch bei dieser Gelegenheit im Trüben zu fischen und den bedeutungslosen Vorfall zu parteipolitischen Zwecken auszubeuten versuchten, haben da eine recht kräftige moralische Ohrfeige erhalten. Wohl bekomm's! — Der Historiker Professor Dr. Hans Delbrück war, wie man sich erinnern wird, vor mehr als Jahresfrist wegen seiner Verurtheilung einer Regierungsmaßnahme — es handelte sich um den Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen —, die er in den von ihm herausgegebenen „Preußischen Jahrbüchern" veröffentlicht hatte, im Disziplinarverfahren zu einem Verweis und einer namhaften Geldstrafe verurtheilt worden. Beide Strafen sind indessen im Gnadenwege aufgehoben worden. Es wird von dem „Hamb. Corr.", der diese Mittheilung bringt, behauptet, daß dies ohne Zuthun Delbrücks erfolgt sei. — Zur „Einschränkung des Kontraktbruchs der ländlichen Arbeiter" dem Landtag von Sachsen-Altenburg ein Gesetzentwurf gleich nach der Eröffnung zugehen. Wie lange will der Reichstag noch dem losen Spiel der Einzellandtage zusehen? — Dem neu ernannten Konsul der Vereinigten Staaten für Kharput in Armenien wurde seitens der Türkei das Exequatur verweigert, weil er seiner Zeit als Missionär den türkischen Behörden gegenüber eine feindselige Haltung gezeigt und Unrichtigkeiten über die Massacres verbreitet hätte. Derselbe wird trotzdem auf seinen Posten abgehen. Da zufällig der amerikanische Kreuzer „Kentucky" gerade jetzt in Smyrna eingetroffen ist, dürfte die Pforte wohl nachgeben. — In Uzice (Serbien) wurde der frühere Kreispräfekt Miodrag Protitsch meuchlings ermordet. Der Thäter ist unbekannt. Man vermuthet persönliche Rache.

Italien.

Der Skandal in Neapel wird immer ärger. Gegen den früheren Deputirten Casale und einige von seinen Spießgesellen ist eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Ein radikales Blatt hat den Deputirten Tusco des Betruges beschuldigt und sich erbötig gemacht, seine Behauptungen vor Gericht zu vertreten. Mehrere andere hervorragende Persönlichkeiten haben sich neuerdings stark kompromittirt. Trotzdem hat die Regierung nicht den Muth, dieser skandalösen Wirthschaft ein Ende zu machen. Es wird immer klarer, daß die von ihr angeordnete Untersuchung nur eine Scheinuntersuchung sein soll. Die Sozialisten haben nun, um die Absichten der Regierung zu durchkreuzen, in einer massenhaft besuchten Versammlung beschlossen, auf eigene Faust eine Untersuchung einzuleiten, und die Einwohner der Stadt aufgefordert, sie dabei zu unterstützen. Um das durch den Rücktritt Casales freigewordene Mandat wird ein heißer Kampf entbrennen. Die Camorra arbeitet schon jetzt mit allen Mitteln für ihren Kandidaten, den Fürsten von Cornete. Im stehen gegenüber ein Regierungskandidat und der Sozialdemokrat Pasquale Guarino.

Transvaal.

Auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatze geht es sehr rührig zu. Ueberall stehen größere oder kleinere Bureuabtheilungen den Engländern gegenüber. Besonders im Oranjefreistaat scheinen die Buren sehr unternehmungslustig zu sein. Wie Reuter aus Kroonstad vom 20. November meldet, steht Kommandant Haasbroek mit einem Kommando von etwa 500 Mann und mehreren Geschützen nördlich von Thabanchu bei Anniesrust. Botha mit 1000 Mann und 3 Geschützen steht dicht bei Dewetsdorp. Seine Leute bilden zwei Abtheilungen, deren eine Wepener bombardirt. Bei der letzteren soll Dewet sein. Kommandant Fouchet mit einer Abtheilung bewegt sich zwischen Smithfield und Bethulie, westlich der Bahnlinie. Kommandant Hertzog steht mit etwa 500 Mann Oberst White gegenüber.

Eine wundervoll zurechtgestutzte Nachricht kommt aus London; sie lautet: „Hier ist noch keine amtliche Bestätigung der Meldung über die Niederlage bei Barberton und Edinburg eingetroffen. Die beiden Gefechte scheinen jedoch sehr ernst gewesen zu sein, ohne daß sie aber als eine Niederlage der Buren bezeichnet werden können." — Das heißt nichts anderes als: Die Engländer sind geschlagen worden, und zwar in zwei Gefechten, die sie selbst als sehr ernst bezeichnen. Zudem berichtet auch „Daily Mail" aus Pretoria, daß der englische General Broadwood am Donnerstag in einem Gefechte, dessen Name wohlweislich noch verschwiegen wird, den Tod gefunden hat.

Wie unzureichend gegen die wiederaufgeflammte Kampfeslust der Buren Englands Truppen sind, ergiebt sich endlich aus einer Johannesburger Meldung. Dort sollen die sämmtlichen englischen Unterthanen demnächst zu einer Art Bürgerwehr herangezogen werden. Das so gebildete Korps würde den Engländern erlauben, alle aktiven Truppen zur Verwendung auf dem Kriegsschauplatze heranzuziehen. Der gesammte Garnisondienst würde somit den englischen Bewohnern übertragen werden. Auch in East London (Hafen der Kapkolonie) wird eifrig rekrutirt, um, wie es heißt, den Grundstock für eine aus Kolonisten zu bildende „Reichs-Brigade" von 50 000 Mann zu erhalten. Diese Rüstungen zeigen nur zu sehr, für wie gefährlich die Engländer selbst ihre Lage ansehen.

Seit 13 Monaten ringt nun schon das gewaltige, reiche England gegen die beiden kleinen Buren-Republiken, ohne daß bis jetzt ein völliger Sieg errungen worden wäre. Die britischen Jingoes sind davon wenig erbaut und drängen deshalb auf „energischere" Kriegsführung. Ihr Mann ist Kitchener, der „Löwe des Sudan", einer der grausamsten Kriegsführer. Dem „Daily Expreß" zufolge will Kitchener einen rücksichtslosen Plan verfolgen, der den Krieg bald zu Ende bringen werde. Ehe er seine Operationen beginnt, sollen jedoch alle Kriegskorrespondenten aus Transvaal fortgeschickt werden. Kitchener scheint jedoch schon eine Probe der von ihm zu erwartenden Maßregeln gegeben zu haben, denn ein Telegramm aus Durban von Freitag meldet, daß die Stadt Dullstroom im Lydenburger Distrikt auf Befehl des Generals Smith-Dorrien dem Boden gleich gemacht worden ist, weil sie den Buren beständig einen Zufluchtsort gewährte und sie mit Lebensmitteln und Schießbedarf versah. Nur die Kirche wurde stehen gelassen.

China.

Vom Chinawirrwarr. Die „verbündeten Mächte" sind wieder einmal dicht an verhängnißvollster Uneinigkeit angelangt: Amerika sind die den Chinesen gestellten Bedingungen zu hart, und Rußland will eine ähnliche Ansicht durch schleunige Zurückziehung seiner Truppen aus Petschili zum Ausdruck bringen. Ueber letzteren Vorgang meldet der Petersburger Korrespondent der „Köln. Ztg.": Rußland wollte anfänglich seine Truppen staffelweise aus Petschili zurückziehen; indessen ist die Regierung nunmehr aus nicht näher angegebenen Gründen entschlossen, dem Oberbefehlshaber der russischen Landmacht Lenewitsch den Befehl zu ertheilen, jetzt bereits sämmtliche Truppen bis auf vier Bataillone aus Petschili zurückzuziehen. Diese Abtheilung soll den Schutz der Gesandtschaft übernehmen. Ihre Belassung soll den Ausdruck weiteren Zusammengehens mit den übrigen Mächten sein. Noch bestimmter, wie bisher, tritt ferner das Gerücht auf, Rußland habe bereits sein Separatabkommen mit China in der Tasche. Auch Japan soll ein Separatabkommen mit China getroffen haben. Das wäre denn in Wirklichkeit eine völlige Isolirung Deutschlands und ein gründlicher Reinfall der deutschen Diplomatie. Das kommt aber davon, wenn man gar zu „schneidig" auftritt. Die „Köln. Ztg." spricht die Ueberzeugung aus, daß Amerika und Rußland sich an den weiteren Zwangsmaßregeln gegen China zwecks Bestrafung der Rädelsführer nicht betheiligen werden. Diese Ansicht wird bestätigt durch die der „Frankfurter Zeitung" aus Newyork übermittelte Meldung, die Regierung der Vereinigten Staaten habe telegraphisch dem Gesandten Conger ihre Mißbilligung wegen dessen chinesenfeindlicher Haltung ausgedrückt. Auch der Londoner „Daily Telegraph" erfährt aus Washington, McKinly und Staatssekretär Hay verhehlten nicht ihre Mißstimmung über den Bericht Congers, worin die Ansicht ausgedrückt wird, daß die verhängten Strafen ungenügend sein. Wenn Conger nicht so stark von Missionskreisen geschützt würde, heißt es in der Meldung des genannten Blattes, wäre er schon durch eine andere Persönlichkeit ersetzt.

Vom chinesischen Hofe sind neuerdings Nachrichten eingetroffen, die einigermaßen glaubhaft erscheinen. Wie der „Morn. Post" aus Schanghai gemeldet wird, soll die Lage in Singanfu nach den Schilderungen eines Privatbriefes folgende sein: Der Kaiser und die Kaiserin befinden sich im Yamen des Gouverneurs, umgeben von 250 Mann, welche ihre persönliche Leibgarde bilden. Allein rings um dieselbe ist ein Cordon von den Truppen Tungfusiangs aufgestellt, welche die ganze Stadt besetzt halten. Tungfusiang überschreitet die „geheiligte" Grenze, so oft ihm beliebt und läßt alle Ceremonien dem Kaiser gegenüber bei Seite. Die einzige Hoffnung des Hofes beruht auf dem muselmännischen General Ma, welcher über 5000 Mann außerhalb Singanfus verfügt, und welcher Rachepläne gegen Tungfusiang wegen der Ermordung eines Vetters von Ma hegt. Prinz Tuan hat sich nach Ninghsia in Kansu begeben, um daselbst Truppen für Tungfusiang auszuheben und eine Festung zu errichten für den Fall, daß Tungfusiang von den Verbündeten zurückgeschlagen würde. Jeder Versuch der Kaiserin-Wittwe, den Prinzen Tuan verhaften zu lassen, wäre also unsinnig. Prinz Tschwang, welcher in Singanfu verhaftet wurde, ist lediglich der Sündenbock für den Prinzen Tuan. Es ist also klar, daß der Hof nicht nach Peking zurückkehren wird. Er kann während des Winters nur vom Jangtsethale aus angegriffen werden. — Wie dem „Standard" aus Schanghai berichtet wird, ist dort ferner ein Privatbrief eines chinesischen Beamten aus Singanfu eingegangen, in welchem es heißt, die Gesundheit der Kaiserin-Wittwe sei schwach; offenbar habe sie ein inneres Leiden.

Die „Morning-Post" meldet aus Schanghai vom 23. Novbr. Die Empörung im Süden ist infolge Mangels an Geld und weil Sunjatsen vier seiner besten Generale verloren hat, erloschen.

In Niutschwang ist die Bevölkerung durch freche Diebstähle und zügellose Unruhen in Furcht und Schrecken versetzt, der Handel liegt vollständig nieder. Der Postdienst, welcher im Winter das einzige Verkehrsmittel bildet, ist dadurch unmöglich gemacht, daß die Russen Briefe öffnen. Dem „Standard" zufolge herrsche in Schensi eine schreckliche Hungersnoth; es stelle sich heraus, daß die der Regierung zur Verfügung gehaltenen Speicher nahezu leer seien. In der Präfektur Singanfu nähre sich die Bevölkerung von Gras, Blättern und Wurzeln.

Ein Reuter-Telegramm aus Tientsin meldet: Der Bootverkehr mit Peking hat wegen Eises aufgehört. Die Eisenbahn wird wahrscheinlich bis Weihnachten fertiggestellt, bis dahin sollen Wagenzüge benutzt werden, die drei Tage bis Peking gebrauchen. Eine aus Infanterie und Kavallerie bestehende Expedition ist von hier aufgebrochen, um die Umgegend zu rekognosziren. Die Japaner richteten zwei Spione hin. Das kalte Wetter verursachte bei den indischen Truppen viele Erkrankungen. Ein englischer Bürger in Tongku war von den Russen angewiesen worden, ein ihm gehöriges Gehöft innerhalb 48 Stunden zu räumen. Eine Kompagnie Pioniere aus Madras wurde entsandt, um ihn zu schützen, falls er aus seinem Besitz vertrieben werden sollte.

Nach einem Telegramm der „Morning Post" aus Peking wird die Nachricht von der Niederlage deutscher Truppen dementirt. — Wir hatten die Glaubwürdigkeit der Nachricht gleich bezweifelt.

Der chinesische Gesandte in Washington, Wutingfang, hielt Freitag im kommerziellen Klub in Cincinnati eine Rede, in der er das Verhalten der Amerikaner rühmend anerkannte, die immer die Chinesen höflich behandelt hätten. Sie würden davon auch bald große Vortheile haben. Wenn die derzeitigen Unruhen erst beigelegt seien, werde in China, das viele werthvolle Konzessionen an Ausländersyndikate ertheilen werde, Amerika die Vorhand haben. Aber nur diejenigen würden wirkliche Erfolge erzielen, die den Chinesen Wohlwollen entgegenbrächten. Deshalb würden die Amerikaner bessere Aussichten haben, ein Recht auf materielle Anerkennung von den Chinesen zu erlangen als andere. Die Chinesen würden die kommerziellen Vertreter Amerikas stets mit offenen Armen aufnehmen. Die Unpopularität der Fremden in China sei im allgemeinen durch unprovozirte Beleidigungen und Brutalitäten gegen die in den Vertragshäfen ansässigen Chinesen verursacht. Nachdem Wutingfang noch mehrere Fabriken in Cincinnati besucht hatte, kehrte er nach Washington zurück, wo er sehr populär ist und die öffentliche Meinung, Manche sagen auch die Ansichten der amtlichen Kreise, wirksam beeinflußt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 26. November.

Arbeitseinstellung. In der Stoffwäschefabrik von Ducken u. Carstens vorm. Stühmer haben 16 Arbeiterinnen wegen veränderter Arbeitsbedingungen die Arbeit niedergelegt. Die seitens des Verbandes angeknüpften Verhandlungen mit der Firma verliefen ergebnißlos. Zuzug ist streng fernzuhalten. **Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten**, da wahrscheinlich auswärts Ersatz gesucht werden wird.

Organisirung der Näherinnen. In Hamburg macht sich augenblicklich unter den Näherinnen der Wäsche- und Corsetbranche eine Bewegung bemerkbar, welche auf den Anschluß der Betheiligten an den Verband der Schneider und Schneiderinnen abzielt. Am Mittwoch Abend findet dieserhalb eine große öffentliche Versammlung statt, in welcher Frau Zietz über „Die Frauenarbeit und ihre Folgen" spricht. Vielleicht giebt dieses Vorgehen auch in Lübeck zu ähnlichen Maßnahmen Anlaß.

Zur Streikpostenverordnung. Kürzlich theilte ein Brandenburger Lokalblatt mit, daß das dortige Landgericht die Entscheidung des Amtsgerichts, wonach das Verfahren gegen den Genossen Huth einzustellen sei, weil das Streikpostenverbot ungesetzlich sei, aufgehoben habe. Genosse Huth selbst hatte über diesen angeblichen langerichtlichen Beschluß keine Eröffnung bekommen, weshalb er sich, um Gewißheit zu bekommen, beschwerdeführend an das Gericht wendete. Vom Amtsgericht erhielt er nun folgenden Bescheid: „Auf Ihre Eingabe vom 14. d. Mts., enthaltend den Antrag auf Ermittlung desjenigen Beamten, auf dessen Veranlassung im hiesigen „Brandenburger Anzeiger" eine Notiz erschienen ist, in Betreff einer Zuwiderhandlung gegen eine Lübecker Polizeiverordnung, erwidere ich, daß nach den angestellten Ermittlungen der Einsender nicht in der Zahl der mir unterstellten Beamten zu suchen ist. Dies ergiebt sich auch schon daraus, daß nach Inhalt der grade vorliegenden Akten die Verweisung nicht an die Strafkammer, sondern an das Schöffengericht erfolgt ist. Zu Recherchen im weiteren Umfange fehlt mir die Zuständigkeit." Demnach wird thatsächlich in irgend einer Form die abermalige Verhandlung der wichtigen Angelegenheit beschlossen sein. Aber — und das ist sehr merkwürdig — auch jetzt noch hat Genosse Huth keinerlei Zustellung in der Sache erhalten.

Die Buchbinder haben die Sperre über das Geschäft von Lindrob aufgehoben, da derselbe, obwohl er keine Verbandsmitglieder beschäftigt, sämmtliche Forderungen jetzt bewilligt hat.

? **Eine öffentliche Werftarbeiter-Versammlung** tagte am Sonnabend im Vereinshause. Genosse Schmalfeldt-Bremerhaven schilderte in verständlichem Vortrage die Lage der Werftarbeiter, die Unfallgefahr und das Treiben der Berufsgenossenschaften und wies an den Tantiemen der Direktoren und Aufsichtsräthe und den Dividenden der Aktionäre nach, daß die Werften wohl in der Lage seien, höhere Löhne zu zahlen und bessere sanitäre Einrichtungen zu treffen. Die interessante Rede ward beifällig aufgenommen. Leider waren nur etwa 70 Personen anwesend, eine Lässigkeit, die man allerdings von jeher bei den Werftarbeitern gewohnt ist.

„Urania", Verein zur Förderung populär-wissenschaftlicher Experimental-Vorträge. Auf den am Mittwoch, den 28. ds. Mts., Abends 8½ Uhr, in der „Bauhütte", Fischstraße, stattfindenden astronomischen Experimentalvortrag des Herrn Direktors Dr. Schulze über „Die Erde als Weltkörper" sei auch an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Morgen, Dienstag, gelangt „Tannhäuser" zur dritten Wiederholung, während Mittwoch auf Verlangen eine nochmalige Wiederholung des Sudermann'schen Schauspieles „Heimath" stattfindet. Donnerstag geht neu einstudirt die Oper „Margarethe" in Scene. Frl. Linden singt die Titelrolle, Herr Saville den Faust und Dr. Wendt den Mephisto. Die von der Direktion angekaufte Oper „Das stille Dorf" von Fielitz hatte dieser Tage in Bremen am Stadttheater einen großen Erfolg. Die hiesige Erstaufführung, die bestens vorbereitet wird, dürfte gegen den 15. Dezember stattfinden.

Auf Patententziehung lautet der Spruch des Seeamtes gegen den Maschinisten G. vom Dampfer „Burg", welcher durch grobe Nachlässigkeit das Aufstoßen des Schiffes auf die Langenbrücke zu Stettin verschuldet und dadurch einen Gesammtschaden von rund 6600 Mk. angerichtet zu haben für schuldig erachtet wurde.

Uebersicht der Geborenen und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat Oktober 1900. Geboren sind 189 Kinder, davon 97 männlichen, 92 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 4 Knaben, 3 Mädchen. Gestorben sind 63 Personen männlichen, 36 weiblichen Geschlechts, in Summe 99. Demnach Ueberschuß an Geburten 34 resp. 56, insgesammt 90. Auf 1000 Einwohner waren 29,23 Geburten, 15,31 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 22, von 1—5 Jahren 3, bis zu 10 Jahren: 3, bis zu 15: 4, bis zu 20: 1, bis zu 30: 10, bis zu 40: 5, bis zu 50: 5, bis zu 60: 9, bis zu 70: 17, bis zu 80: 10, bis zu 90: 9, über 90 Jahre: 1. Die Todesursache war Diphtherie in 4, Keuchhusten in 0, Tuberkulose in 11, Lungenentzündung in 3, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 6, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 7, Folgen des Wochenbetts in 0, Krebs in 7, angeborene Lebensschwäche in 6, Altersschwäche in 7, Unglücksfall in 2, Selbstmord in 1, Gelenkrheumatismus in 0, Herzleiden in 3, Krämpfe in 4, Nierenleiden in 2, Wassersucht in 1, Schlagfluß in 6, Typhus in 2, Masern in 0, Scharlach in 0, sonstige Krankheiten in 22, unbekannt in 4 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 34, Vorstadt St. Jürgen 21, St. Lorenz 22, St. Gertrud 9, die Krankenanstalten 13.

Genossen im Fürstenthum Lübeck! Rüstet Euch zu den Gemeinderathswahlen!

— **Schwartau.** Einen kräftigen Ruck vorwärts bedeutet für die organisirte Arbeiterschaft das Resultat der am Sonnabend stattgehabten Gemeinderathswahl, wenngleich noch einmal, jedenfalls zum letzten Male, der Sieg unseren

Genossen leider vorenthalten blieb. Die bürgerlichen Gegner hatten hatten sich so ziemlich geeinigt und im letzten Augenblick Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um den Ansturm der Arbeiter von dem Soolbadparlamente fernzuhalten; aber auch unsere Genossen waren auf dem Posten, besonders die Tremser Arbeiter lieferten den Beweis, daß ein anderer Geist, das Pflichtbewußtsein des Organisirten, sie beseelt. Sie erschienen überaus zahlreich an der Urne. Diese erfreuliche Einigkeit und Regsamkeit kommt denn auch in dem rapiden Wachsen unserer Stimmenzahl zum Ausdruck. Während vor 2 Jahren Genosse Muß mit nur 79 Stimmen (der Höchstzahl, welche auf einen Arbeiter entfiel) gewählt wurde, schwankte unsere Stimmenzahl bei 258 Wählern zwischen 99 und 108. Das Ergebniß ist folgendes: Aktuar Tesenfitz 200, Rechtsanwalt Böhmcker 135, Kaufmann Blöcker 132, Kassirer Fick 124, Maurermeister Jänicke 118, Cigarrenfabrikant Wegert 108 Stimmen. Diese sind gewählt. Ferner erhielten Tischler Bos 108, Bäcker Klüssendorf 108, Klempner Springer 103, Arbeiter Bornholdt 99 Stimmen. Diese Vier standen neben Tesenfitz und Wegert auf der sozialdemokratischen Liste. Das Loos entschied zu Ungunsten unseres Vertrauensmannes, dessen Wahl auch weiten Kreisen des Bürgerthums bis zu einem gewissen Grade nicht unerwünscht gewesen wäre. Ferner erhielten Stimmen: Sattlermeister Henk 88, Fabrikant Röhr 28, Fabrikant Henk 26, Malermeister Bahrs 23, Arbeiter Böhls, Schlosser Goldenbogen und Sattler Schade je 18, Cafetier von Halem 7, Zigarrenfabrikant Timm 4 und Malermeister Green 2. — Die Wahl hatte große Aufregung hervorgerufen. Bei den Bürgerlichen soll es anläßlich des „Sieges" hoch hergegangen sein. Sie haben alle Ursache dazu, dieses Mal noch zu feiern, denn nächstes Mal thun wir es. Es war ein Pyrrhussieg, 1902 wird die Arbeiterschaft freie Bahn fegen. Wir hätten unseren eifrigen Genossen schon dieses Mal die Genugthuung für ihre Thätigkeit gegönnt; aber auf das Erreichte können sie stolz sein. Ein Stimmenzuwachs von rund 30 Prozent — das läßt auf eine normale kräftige Entwicklung schließen. Und nun heißt es: Frisch an's Werk! Agitirt und organisirt!

Reinfeld. Ein Chinaopfer. In der letzten Verlustliste lesen wir: 6. Ostasiatisches Infanterie-Regiment, 6. Kompagnie. Musketier Adolf Trulson aus Steinfeld, Kr. Stormarn; früher 4. Bayer. Inf.-Regts. König Wilhelm von Württemberg, 2. Komp. Tod erfolgte am 30. 9. 00. Schädelbruch durch Herunterfallen eines Drahtseils. Dampfer „Hannover". — Der Verunglückte hat die Stätte unserer „Triumpfe" nicht erst zu Gesicht bekommen.

Malchin. Eine Waarenhausdebatte wurde am Donnerstag im Landtage durch ein Referat des Reichstagsabgeordneten v. Treuenfels-Klenz veranlaßt. Der edle Graf sang das oft gehörte Klagelied über die „Vernichtung des mittleren und kleineren Gewerbebetriebes" und schilderte die gräßliche Gefahr, die eintreten würde, „wenn eine große Menge selbstständiger wirthschaftlicher Existenzen, deren Träger stets die treuesten Anhänger ihres Vaterlandes, Fürstenhauses und Kirche gewesen sind, dem Moloch des Großkapitals schutzlos preisgegeben und geopfert würden." Die Sozialdemokratie lauere ja gerade auf diese Proletarisirung. Es seien deshalb solche gewerbliche Betriebe stärker zu den Landessteuern heranzuziehen, welche durch Concentration des Detailhandels mit verschiedenen Waarengattungen oder Erzeugnissen des Handwerks, oder durch eigenartige, augenscheinlich auf einen Eingriff in den Umsatz des Kleinbetriebes und Handwerks berechnete Maßnahmen sich besondere Vortheile verschaffen. Der konservative Herr fand lebhafte Gegner bei den Vertretern der Städte. Herr Stegemann-Parchim wies darauf hin, daß von Seiten der Regierung Anfragen an die Magistrate der Städte ergangen seien, ob man Erfahrungen dahingehend gemacht habe, daß in den Städten der Kleinbetrieb durch die Waarenbazare geschädigt werde. Die meisten Magistrate hätten berichtet, daß dies z. Zt. nicht der Fall sei. Und Herr Dahse-Güstrow, seines Titels „Geheimer Hofrath", entfesselte die Entrüstung der blaublütigen Zuhörer, indem er zur Ritterschaft sagte: „Wenn Sie die Gewalt über die Frau Gemahlin hätten, sie dahin zu bestimmen, daß sie statt in den großen Städten in den kleinen Städten kauft, so würde dies noch viel mehr wirken." Ein Landrath meinte, das sei eine persönliche Bemerkung, die nicht den eigenartigen Gepflogenheiten des Junkerparlaments entspreche; aber der „Geheime" ließ sich nicht in's Mauseloch jagen, er gab die zutreffende und für die heuchlerischen Mittelstandsfreunde sicher höchst peinliche Erwiderung, „es handle sich nicht um eine persönliche Bemerkung, sondern um eine ganz generell gehaltene. Sie treffe nur Diejenigen, welche von der Verkaufsgelegenheit in den Großbazaren Gebrauch machten, und **daß dies in den Kreisen der Gutsbesitzer im großen Umfange geschehe, stehe fest.**" Das trifft den Nagel auf den Kopf. Die hoch- und edelgeborenen Herrschaften kaufen so wenig beim Detaillisten der Kleinstadt, wie sie beim Dorfschuster oder Gutsschneider sich etwas anmessen lassen. Sie beziehen aus Berlin, wenn nicht gar aus Paris, Brüssel oder London. Ihre Mittelstandsfreundschaft ist Spiegelfechterei, ist auf Bauernfang berechnet, genau wie es mit ihrem protzigen Patriotismus der Fall ist.

Sternschanz-Viehmarkt

Hamburg, 24. November

Der Schweinehandel verlief mittelmäßig.

Zugeführt wurden 1450 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Versandschweine, schwere 53—54 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 45—50 Mk. und Ferkel 49—53 Mk. pr. 100 Pfd.

Am Mittwoch den 21. d. M. entschlief sanft der

Tapezier August Strümke.

Betrauert von **seinen Freunden.**

Die Beerdigung findet Dienstag Morgen 9½ Uhr von der Leichenhalle des Allgemeinen Gottesackers aus statt.

Dem Bautechniker **Herm. Steinfass** zum heutigen Tage die besten Glückwünsche!

A. M.

Ein heizb. möbl. Zimmer zu verm.

Reiferstraße 33 a, 1. Et.

Logis für einen jungen Mann

Glockengießerstraße 16.

Zum 1. Januar

1. Etage von 3 Zimmer und Zubehör, sowie **2 kleine Wohnungen** Hafenstraße 52.

Zu vermiethen eine zweite Etage.

Zu erfragen Kl. Gröpelgrube 12.

Ein möbl. Zimmer zu vermiethen

Wakenitzmauer 124, part

Zu verm. eine Wohnung v. 3 Zimm.

Kerckringstraße 42 (unterh. Ludwig- u. Friedenstr.)

Eine neue 4flam. Petroleummaschine

durch Zufall billig zu verkaufen

Kl. Burgstraße 18, 3. Et., r.

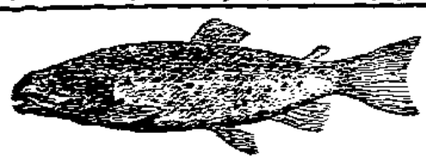
Verloren ein Portemonnaie mit Inhalt u. 2 Lohnzettel auf dem Wege Engelsgr., Drehbrücke, Reifer-, Adler-, Glocken-straße, Fackenb. Allee. Abzugeben Fackenb. Allee 67, Hinterhaus.

Gefunden ein Regenschirm.

Abzuholen bei **C. Koch,** Johannisstr. 63, II.

Schneiderin

empfiehlt sich in und außer dem Hause zu soliden Preisen. **Schlumacherstraße 8, part.**



Frisch geräucherte

hiesige Bücklinge

Neue Herbstfang-Lachsheringe

Neue Herbstfang-Flohmheringe

empfiehlt

Anton Knaack

Dornestraße 17.

Fernspr. 1106. Fernspr. 1106.

Jeden Dienstag:

Frische Grütz-, Brod- u. Landleberwurst, Schwarzsauer

sowie **Pflaumenmus** per Pfd. 30 Pfg.

empfiehlt

H. Gehrken, Schlumacherstr. 8.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**

Aug. Büttner,

Uhrmacher,

Hüxstraße 32.

C. Evers' Pfeffernüsse sind vorzüglich.

Der illustrirte

Neue Welt-Kalender

für das Jahr 1901

Preis pro Exemplar 40 Pfg.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Uhren

gut und billig im Pfandgeschäft

L. S. Baruch, Aegidienstr. 35.

Lübecker Besohl-Anstalt

3 Große Burgstraße 3.

Herren-Sohlen Mk. 1,50
Damen-Sohlen „ 1,10
Herren-Absätze 50—60 Pfg.
Damen-Absätze 40—50 „
Kindersohlen mit Absätze je nach Größe von 80 Pfg. an.

Nur Kernleder. Nur Handarbeit.

Große Auswahl

in sämmtlichen Schuhwaaren.

Kinderschuhe von 50 Pfg. an.
Damenschuhe von 1,80 an.
Herrenschuhe von 2,80 an.

Inh. **Aug. Berg.**

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

für sämmtl. in der Baubranche beschäftigten Arbeiter Fackenburgs und Umgegend

am Dienstag den 27. November

Abends 8 Uhr

im Lokale des Herrn L. Paetau.

Tages-Ordnung:

Die Lohnfrage.

Verschiedenes.

Grosse Auction!

am Dienstag den 27. November
Nachm. 2½ Uhr

41 Hundestraße 41

über: **ein großer Posten neue Herrenanzüge, Ueberzieher, ein Posten Arbeiterartikel,** sowie **Hemdenblusen, ein Persennig für Einspännerfuhrwerk, eine Ziehmangel,** ferner eine fast neue Bettstelle und hochfeines Bettzeug, Tische, Hausstandssachen, vernickelte Etagere, Lehnstühle, antiker Nähtisch, silberne Damen- und Herren-Uhren, Puppen, Vasen, Handharmonikas, Spielsachen, silberne und Doublee-Damen- und Herren-Ketten, ein großer Posten Cigarren.

NB. Mache besonders Händler und Wiederverkäufer hierauf aufmerksam.

Joachim Ch. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Ludwig Prösch

Buchbinder

Beckergrube 50 * (Gartengebäude)

empfiehlt sich

zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.

---

empfehle:

Rinderdärme, Gerstengrütze, sämmtlich. Gewürze, Essig, sehrschöne Kübel zum Salzen, sowie sämmtliche Colonialwaaren.

August Vietig, Fischergrube 43|45,

Eckhaus Kupferschmiedestr. Fernsprecher 1026.

Achtung Töpfer!

Versammlung

am Dienstag den 27. November

Abends präcise 8 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zum Lohntarif.

Der Vorstand.

Achtung!

Holzarbeiter!

Umstände halber findet die nächste Mitglieder-Versammlung nicht Dienstag, sondern Donnerstag den 29. November statt.

Die Localverwaltung.

„Bayrische Burg"

Schüsselbuden 24.

Einladung zu dem am

Dienstag den 27. November 1900

stattfindenden

Schlacht-Fest.

Von Morgens 10 Uhr an:

Frische Blut- und Leberwurst, Well- oder Kesselfleisch, Wurstsuppe.

Emil Tell.

„Urania"

Verein zur Förderung populär-wissenschaftlicher Vorträge.

Mittwoch den 28. November 1900

Abends 8½ Uhr

in der **„Bauhütte", Fischstraße**

Vortrag:

„Die Erde als Weltkörper".

Astronomischer Experimental-Vortrag von Herrn **Dr. Schulze.**

Preise der Karten: Reserv. Platz 75 Pf., Saal 40 Pf., im Vorverkauf 30 Pf., Schülerkarten 15 Pfg., Mitglieder frei. Vorverkauf bei Herrn J. Tollgreve, Königstr. 92 u. „Restaur. Bauhütte." Anfang 8½ Uhr. Kassenöffnung 8 Uhr.

Circus Variété

Nur noch wenige Tage

Auftreten dieser

Glanz-Serie.

Anfang des Concerts 7½ Uhr.

Mittwoch:

Erster Elite-Abend.

Doppel-Concert und Specialitäten-Vorstellung.

Stadt-Theater.

Dienstag den 27. November.
58. Vorstellung.
47. Abonnem.-Vorst. 9. Dienstags-Abonnem.

Tannhäuser.

Mittwoch den 28. November.
59. Vorstellung.
48. Abonnem.-Vorst. 6. Mittwochs-Abonnem.

Heimath.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 276. Dienstag, den 27. November 1900. 7. Jahrgang.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Ausstand der Metallarbeiter bei der „Aktiengesellschaft Panzer" in Berlin ist durch Vergleich beendigt. — Sämmtliche Former der Firma Daarmann in Wald bei Solingen legten die Arbeit nieder, weil das Preisverzeichnis von der Firma nicht innegehalten wurde und die dadurch erfolgte Aenderung eine bedeutende Lohnreduktion in sich schloß. — Der Töpferstreik in Leipzig dauert fort. — Aus dem Ochsenfurter Gau berichtet man der „N. B. Landesztg.": Ein Postillonsstreik ist Dienstag unter den Postillonen ausgebrochen. Die von Röttingen ausgehenden Postkurse nach Ochsenfurt und Euerhausen trafen mit einer Verspätung von 7 Stunden ein. Die Postillone blieben in Röttingen, Taglöhner traten an deren Stelle. Die Postillone gehören bekanntlich zu der am schlechtesten bezahlten Klasse der „Staatsdiener". — In Calais ist der Versuch der Unternehmer, die Arbeiter durch Versprechungen und Drohungen zu entzweien, und einen Theil in die Fabriken zu locken, gescheitert. Von 2500 Streikenden haben an dem von den Unternehmern festgesetzten Termin nur einige wenige die Arbeit wieder aufgenommen. — Der Streik der Straßenbahner von Lyon hat einen großen Umfang angenommen; gegen 10 000 Kutscher und Schaffner sind daran betheiligt. Die Verhandlungen mit der Direktion, die unter Beisein des Präfekten und des Bürgermeisters stattfanden, sind bisher resultatlos verlaufen.

Ostpreußisches. In Ragnit wurden zwei Parteigenossen zu je 3 Mk. und einer zu 15 Mk. Geldstrafe verurtheilt, weil sie eine angemeldete Versammlung abgehalten haben sollen. Sie hatten beim Vereinskassirer gemeinschaftlich Beiträge bezahlt, und das soll die Versammlung gewesen sein. Genosse Braun, früher Gutsbesitzer in Mehleden, bestellte die sieben Arbeiter dieses Gutes, das er kürzlich verkauft hat, in seine Wohnung, um jedem derselben ein Geldgeschenk auszuhändigen. Dann unterhielt er sich noch eine Weile mit ihnen über allerlei, wobei auch einige Worte über Politik fielen. Dafür wurde er wegen Abhaltung einer unangemeldeten Versammlung zu 20 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Genosse Hofer-Skaisgirren soll den Agitationskalender, nachdem er schon beschlagnahmt war, zur Verbreitung weiter gegeben haben. Dafür muß er 15 Mk. Geldstrafe zahlen.

Der sozialistische Minister in Genf wurde wiedergewählt. Bei den am vorletzten Sonntag im Kanton Genf stattgefundenen Regierungs- oder Staatsrathswahlen hat die gemeinsame Liste der Sozialdemokraten und Radikalen gesiegt, so daß unser Genosse Thieband wiedergewählt ist. Er erhielt aber mit 7664 Stimmen die geringste Stimmenzahl, etwas weniger noch als der erste Führer der Radikalen, Favra, auf den 8384 Stimmen fielen. Der neue Staatsrath besteht wiederum, wie sein Vorgänger, aus 4 Radikalen, 2 Konservativen und 1 Sozialisten.

Die Zahl der Streiks im Jahre 1899 betrug nach der amtlichen Streikstatistik in Deutschland 1336, von denen bereits 14 vor dem 1. Januar 1899 begonnen hatten, und von denen 48 am 31. Dezember des genannten Jahres noch nicht beendet waren. Von 1288 innerhalb des Jahres 1899 zur Beendigung gelangten Streiks wurden überhaupt 7121 Betriebe betroffen, in denen bei Ausbruch der Bewegung 256 858 Arbeiter, darunter 40 062 im Alter von unter 21 Jahren beschäftigt waren; 1090 Betriebe wurden zum völligen Stillstand gebracht. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden belief sich auf 99 339 Personen (15 600 unter 21 Jahren), von denen 71 968 (8343 unter 21 Jahren) bei Ausbruch des Streiks zur sofortigen Arbeitsniederlegung berechtigt waren, während die übrigen als kontraktbrüchig nachgewiesen werden. Angriffsstreiks werden im Ganzen 1019, Abwehrstreiks 269 gezählt. Vollen Erfolg hatten die Streikenden in 331, theilweise in 429, überhaupt keinen Erfolg in 528 Fällen. Unter den Fällen des theilweisen Erfolges wurden diejenigen besonders berücksichtigt, in welchen den Streikenden voller oder theilweiser Erfolg in Bezug auf die Erhöhung des Arbeitslohnes (238 Fälle) oder in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit (22 Fälle) oder endlich in Bezug auf beide Forderungen gleichzeitig (84 Fälle) zu Theil wurde. Aussperrungen wurden insgesammt 28 gezählt, von denen 23 innerhalb des Berichtsjahres aufgehoben wurden. Von den letzteren wurden 427 Betriebe mit 8290 beschäftigten (darunter 408 unter 21 Jahre alten) Arbeitern betroffen, von denen überhaupt 5298 Personen (219 unter 21 Jahren) ausgesperrt und außerdem 1728 in Folge der Aussperrung zum Feiern gezwungen wurden. — Bei dieser Zählung der Streiks wolle man niemals außer Acht lassen, daß es sich um die polizeiliche Zählung handelt, bei der andere Grundsätze maßgebend sind als wie bei der von Generalkommission der Gewerkschaften veranstalteten.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der von Amerika eingelieferte ehemalige Bürgervorsteher und Kaufmann (Tapetenhändler) G. Rink wurde von der Strafkammer in Stade wegen Urkundenfälschung in 32 Fällen zu acht Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt. — Dem Aufseher des Ritterguts Timmenrode (Hannover) wurde von einem polnischen Arbeiter der Kopf mit einem Spaten quer auseinander gespalten. Mit einem zweiten Schlag wurde ein Mitarbeiter am Kopf schwer verletzt. — Ein Dorado für Diebe muß die Stadt Barmen sein. Der dortige Oberbürgermeister Dr. Lentze erläßt nämlich folgende Bekanntmachung: „Bei einer in der Nacht vom 12. zum 13. November d. J. abgehaltenen Revision wurden in hiesiger Stadt 670 Hausthüren, 288 Hofthore und Einfahrten, 191 Fenster im Erdgeschoß, 44 Oberlichter und 65 Kellereingänge unverschlossen gefunden. Durch solche Fahrlässigkeit wird in der jetzigen Jahreszeit und bei den langen dunklen Nächten das Treiben der Diebe begünstigt; ich ersuche daher die Bürgerschaft, auch an ihrem Theile in ausreichender Weise für den Schutz ihres Eigenthums zu sorgen." — Gestohlen ist vor einigen Tagen der Gattin eines höheren russischen Offiziers in einem Hotel der Friedrichstadt in Berlin ein Brillantenkollier im Werthe von 40 000 Mk. Der Verdacht richtet sich auf einen etwa 30 Jahre alten mittelgroßen und untersetzten Italiener, der Mitglied einer internationalen Hoteldiebesgesellschaft zu sein scheint. — Nach Verübung von Wechselfälschungen hat, wie dem „L.-A." aus Eberswalde gemeldet wird, der Verleger der dortigen freisinnigen „Eberswalder Zeitung", Buchdruckereibesitzer Adolf Lemme, die Flucht ergriffen. Der Flüchtling hat viele Geschäftsleute und Parteifreunde geschädigt. Seine Passiva betragen 43 000 Mk.; hiervon sind 21 000 Mk. gedeckt, während der Rest verloren geht. Lemme war Stadtverordneter und spielte auch sonst im öffentlichen Leben eine gewisse Rolle. — Aus dem Graudenzer Zuchthaus sind am Donnerstag Abend um 7 Uhr zwei schwere Verbrecher, Franz Woiczichowski und Martin Mukowski, nach Durchsägung der Eisensprossen mit Hilfe einer selbstgefertigten Leiter entwichen. — Ueber ein Prügel-„Attentat" auf einen Sohn des Sultans berichtet man dem „B. T." aus Konstantinopel: Ein Vorfall, der zu einer langen, sehr geheim gehaltenen Untersuchung seitens der betheiligten Behörden geführt hat, erregt ein gewisses Aufsehen. Der kaiserliche Prinz Ahmed Effendi wurde nämlich vor einigen Tagen auf einer Fahrt nach Dolma Bagdsche von einem gut gekleideten Mann, der auf den Wagentritt sprang, mit Stockhieben traktirt. Bei der Verhaftung gab der Letztere an, er sei Oesterreicher und Mitglied der Botschaft. Diese wie auch das Palais hüllen sich natürlich in Schweigen, doch scheint festzustehen, daß der Angreifer ein Botschaftssekretär ist. Ueber das Motiv der That verlautet nichts. Möglicherweise steckt ein Frauenzimmer dahinter. Prinz Ahmed ist der dritte Sohn des Sultans und zweiundzwanzig Jahre alt. — Eine schwimmende Insel hat der englische Dampfer „Arundel Castle" auf der Fahrt nach Kapstadt bei 10,44 Grad nördlich und 17,22 Grad westlich angetroffen. Die Insel war 40 Fuß lang und 20 Fuß breit; Bäume auf derselben waren 10 Fuß hoch. — Der Brand von Valparaiso (Chile), über den wir kürzlich an der Hand von Londoner und Pariser Depeschen berichteten, hat sich als eine grobe Mystifikation der europäischen Presse herausgestellt. Wie jetzt aus London geschrieben wird, ist die falsche Meldung durch ein allzu lakonisches Telegramm des französischen Konsuls in Valparaiso, das den Brand des französischen Konsulats meldete, herbeigerufen worden. Aus dem Telegramm des Konsuls fabrizirte dann eine skrupellose englische Telegraphen-Agentur die Nachricht vom Brande der ganzen Stadt Valparaiso, und diese prächtige „Sensation" wurde darauf munter in alle Welt hinausgedrahtet.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung war in Halberstadt der Arbeiter Raphael Ender angeklagt. Nach der Nicht-Pardon-Rede Wilhelms II. in Wilhelmshaven soll E. im Gespräch mit polnischen Arbeitskollegen den Kaiser beleidigt haben. Etwa vier Wochen später hat ihn der Arbeiter Jakob Machewka nach voraufgegangenem Streit denunzirt. Er bestritt, die inkriminirte Aeußerung gethan zu haben und behauptete, Machewka habe ihn nur aus Rache denunzirt. Von einigen Zeugen wurden auch Bemerkungen Machewkas bekundet, die auf Rachegefühl schließen lassen. So hatte Machewka gesagt, er werde dem E. einen Stuhl kaufen, auf dem er einige Jahre sitzen solle. Da jedoch die inkriminirte Aeußerung auch noch von einem zweiten Zeugen bekundet wurde, hielt der Staatsanwalt eine Majestätsbeleidigung für festgestellt, wenn er auch nicht verkenne, daß Machewka die Denunziation zweifellos aus niedrigen Motiven erstattet habe. Er beantragte 3 Monate Gefängniß. Das Gericht erkannte auf das Mindestmaß von zwei Monaten Gefängniß. — Wegen Beleidigung des Prinzen Ruprecht und der Prinzessin Gabriele hatte sich vor dem Schwurgericht in München der Redakteur Benz vom „Freien Landesboten" zu verantworten. Benz hatte an die Notiz, daß Prinz Ruprecht seiner Braut (jetzigen Frau) Prinzessin Gabriele einen kostbaren großen Brillantring geschenkt habe, eine Bemerkung geknüpft, die Gegenstand der Anklage war. Benz erklärte, er habe nicht den Prinzen und dessen Braut gemeint, sondern die „Hochgeborenen" im Allgemeinen, deren Intelligenz er habe bekritteln wollen, nachdem das Adelsblatt einen Schmähartikel über die Kaufleute gebracht habe. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage. Antrag des Staatsanwalts: fünf Monate, Urtheil: sechs Monate Gefängniß.

Wie Sternberg zu seinen Millionen kam. Der „Frankf. Ztg." entnehmen wir Folgendes: „Der Terrorismus, den die Millionen eines Sternberg in einem zivilisirten Staate ausüben möchten, muß gebrochen werden!" So schrieb dieser Tage in berechtigter Entrüstung die „Post", als sie den Versuch zu melden hatte, durch Bestechung ihres Metteurs den Verfasser ihres, für Herrn Sternberg unangenehmen Leitartikels über dessen jetzt schwebenden Strafprozeß herauszubekommen. Das hat wieder einmal die Frage nahegelegt, wie Herr Sternberg zu seinen Millionen kam; aber was einige Blätter darüber berichten, vermischt Wahres und Unzutreffendes. Zum großen Theile soll sein Vermögen aus geglückten Spekulationen in Immobilien und an der Börse kommen; den Grundstock hatten zweifellos seine eigenartigen Bank- und Emissionsgeschäfte gelegt. Im Jahre 1872 verkaufte er sein in Frankfurt a. M. betriebenes Ratenloos-Geschäft an die „Deutsche Kreditbank", deren Direktor er wurde. Etwa 1874 schied er aus; 1876 errichtete er in Berlin die Bankfirma Sternberg u. Co., die besonders die Heranziehung des kleineren Publikums zu Spekulationen kultivirte. Später, von 1879 bis etwa 1883, brachte er eine Reihe von Emissionen, an denen das Publikum viel Geld verlor. Dazu gehörte die Umwandlung seines Geschäftes zu der „Vereins-

---

Die Rivalinnen.

Roman von E. Labarrière.

(18. Fortsetzung). (Nachdruck verboten.)

„Ich begreife Ihre Wahl, Fräulein", sagte Theophraste, sich verbeugend. „Er ist Ihr Ideal, ich . . . ."

„Lieber Freund, glauben Sie nicht."

„Ich glaube nichts, Fräulein, ich würde aber ersticken, wenn ich mir nicht ein wenig Luft machen dürfte. Warum hat der Duckmäuser mich nichts merken, mich in einen solchen Schulbubenstreich hineinrennen lassen?"

„Das Geheimniß war nicht sein alleiniges Eigenthum . . . . Wenn Sie wüßten" . . . . Von Mitleid für den jungen Mann ergriffen, der das Gesicht abgewendet hatte und sich die Stirne — oder die Augen abwischte, brach sie plötzlich ab.

„Wenn sie eine Ahnung davon hätten, wie ich unter diesem Glücke, welches ich Allen, ja selbst meinem Vater verbergen mußte, gelitten habe . . . . Julien hatte es so gewünscht . . . . Armer Papa! Ich! ich hatte ein Geheimniß vor ihm, einen Winkel meiner Seele seinem zärtlichen Blick verschlossen gehalten! Ich bin glücklich, daß es nunmehr vorüber . . . . Heute wollte Julien endlich mit Papa sprechen, und erwarte ich seine Antwort."

„Dann gestatten Sie mir, daß ich gehe," stieß Theophraste hervor, „ich bin hier überflüssig. — Gewiß ich wäre lästig. Und dann hat meine Liebe zu Julien nicht gelitten, wie Sie mir sicher glauben können — und doch ziehe ich vor, zu gehen, ich möchte ihn jetzt doch lieber nicht sehen!"

Sie ergriff bittend seine Hand.

„Können Sie mir das Leid verzeihen, das ich Ihnen verursachte?"

Er entzog ihr seine Hand.

„Es hat weiter keine Bedeutung, mein Fräulein;" aber bewahren Sie, bitte, Stillschweigen, geben Sie mich nicht als abgewiesener Bewerber der Lächerlichkeit preis. Auf Wiedersehen! Werden Sie glücklich! Auf Wiedersehen! Ich halte es nicht länger aus!"

Mit großen Schritten entfernte er sich nach einem flüchtigen Gruß gegen das Mädchen, das ihn nicht zurückzuhalten vermochte. So lange er sichtbar war, nahm er sich zusammen, bei der Biegung der Allee aber, wo er sicher war, nicht mehr gesehen zu werden, blieb er einen Augenblick stehen, schlug sich mit der Faust vor die Brust, wie um einen Schmerz zu ertödten; dann setzte er ruhiger seinen Weg fort, indem er den Winden seinen festen Entschluß zurief:

„Und wenn der Teufel sich einmischt, ich heirathe keine Andere. Die Familie Lardoyer wird eben in Gottes Namen zum ersten Mal einen Junggesellen aufzuweisen haben!"

Wieder allein, setzte sich Charlotte tief traurig auf eine Bank. Gewiß hatte sie sich Theophraste gegenüber nichts vorzuwerfen, nicht einmal den Schatten einer Koketterie. Nichts desto weniger lag ihr der Kummer des armen Jungen, der für und durch sie litt, wie ein Vorwurf auf der Seele. Sie war gewöhnt, nur Glück und Freude um sich zu verbreiten und konnte daher nur schwer den Gedanken ertragen, wenn auch ohne Schuld, die Ursache eines Kummers zu sein. Aber was konnte sie schließlich thun? Theophraste wird sich angesichts des Unmöglichen trösten müssen, und das bald, wie sie hoffte. In ihren Gedanken sah sie ihn schon getröstet, glücklich verheirathet und sich selbst mit Julien . . . vereint.

Ihr zu Häupten sangen in der von der Sonne beschienenen Laube die Vögel, der Wind, der blaue Himmel, das leuchtende Licht vereint die Jubelhymne von der glücklichen Zukunft, die Befreiung vom langen lästigen Zwange des Geheimnisses, der vor Allen eingestandenen und von Allen gesegneten Liebe. Die Vergangenheit erschien jetzt wie ein schwerer und doch schöner Traum. An eben diesem Platze, an einem eben solchen hellen Tage, hatte ihr Julien bang und zitternd seine Liebe gestanden. Wie Musik durchzitterten die süßen Worte ihr Inneres, erpreßten ihrem Herzen das Geständniß, daß auch sie ihn liebte, daß sie ihn immer geliebt hatte, daß schon, als sie noch ein ganz kleines Mädchen war, ihr Denken, wie von der Vorsehung gelenkt, sich ihm zugewandt hätte. Die alten Alleen, der schattige hohe Wald, die alten Bäume hatten die erlauschten Gelöbnisse treu bewahrt. Dieser verborgene Winkel der Natur war für sie ein Zufluchtsort geworden, wo sie sicher fühlte in dem Schutz eines dem Unglück unzugänglichen Asyles. In dem süßen Aberglauben der Verliebten wollte sie auch eben hier die Entscheidung ihres Schicksals erwarten.

Lange wartete sie . . . schon viel zu lange für ihre Ungeduld. Eine wahnsinnige Angst bemächtigte sich ihrer, schnürte ihr die Brust zusammen, als endlich Julien durch einen Seitenweg die Allee betrat. Sie lief ihm entgegen, und suchte, noch ehe er gesprochen, die Antwort von seinen Lippen zu lesen. Eine Sekunde lang sahen sie sich an, sie ängstlich vorgebeugt, war die Verkörperung einer einzigen stummen Frage, er sah düster und unschlüssig aus.

Als er den Blick abwandte, schmiegte sie sich noch fester an ihn.

„Nun?" stieß sie hervor.

Julien zögerte noch immer, er zuckte die Achseln mit einem Ausdruck der Müdigkeit.

„So rede doch," rief sie. „Selbst . . . . und wenn es selbst eine schlechte Nachricht wäre, sprich! Ich habe Muth!"

„Nicht gut und nicht schlecht," warf er mit plötzlich hervorbrechender Heftigkeit hin. „Ich war nicht bei Deinem Vater."

Sie fand kein Wort des Vorwurfs für ihn, aber sie ließ sich mit einem schweren Seufzer auf eine Bank niederfallen, der so schmerzlich klang, daß Julien tief ergriffen wurde. Sich seiner Heftigkeit schämend, setzte er sich neben sie und sagte zärtlich, in bittendem Ton:

ank" im Februar 1881 mit 6 Millionen Mark nominellen Kapitals. Nicht richtig ist die Angabe eines Münchener Blattes, die Aktien seien „höchstens als Tapeten" zu verwenden gewesen; im Jahre 1885 wurden 4 Millionen Mark gegen Baar zurückgekauft, sogar zu 105 Proz., aber die gehörten in der Hauptsache Herrn Sternberg selbst. Nur die anderen 2 Millionen Mark wurden dann nahezu werthlos, sie bekamen nichts als 60 bezw. 40 Proz. in den fragwürdigen Kaskaer Aktien. Ungenau ist auch, was ein Wiener Blatt über Oelheim erzählte. In Wahrheit fand sich dort eine starke Oelquelle vor, aber sie erwies sich rasch als nicht nachhaltig; nur waren inzwischen die Gründung, die Emission und die Agiotage noch rascher gewesen. Sternberg kaufte das Unternehmen für etwa 1 Million Mark und überließ es einer Gesellschaft für 2½ Millionen Mark. Am 5. August 1881 erfolgte die Gründung mit 5 Mill. Mark bei 50 Proz. Einzahlung, schon am 10. August die Emission eines Theiles zu 105 Proz.; bis zum 24. August war unter wild angefachter Kauflust der Kurs auf 137,30 Proz. getrieben, am Tage darauf mußte er gestrichen werden, weil bekannt wurde, das Bohrloch III liefere bereits weniger Oel. Daraufhin arrangirte man einen Extrazug, der die Berliner Börsenleute gratis nach Oelheim beförderte; dort wurde ihnen starke Oelgewinnung ad oculos vorgeführt, und so konnte die Agiotage und der Aktienverkauf munter fortgesetzt werden, angefeuert durch unausgesetzte Reklamen, die sich hinterher als falsch erwiesen. Wie das möglich war, ist vielleicht noch heute in weiteren Kreisen nicht bekannt. Erst nach Jahren wurde zeugeneidlich festgestellt, daß am Tage vor dem Eintreffen der Berliner Besucher die Bassins mit Rohöl aus Fässern aufgefüllt worden sind, so daß dann „vor den Augen der Berliner Bankiers eine große Menge Oel abfloß, was nicht der Fall gewesen wäre, wenn das Oel nicht aufgefüllt worden wäre". In diesem (Civil-) Prozesse von 1889 verneinte der Gerichtshof, daß Herr Sternberg damals Kenntniß von der eingetretenen Verringerung der Ergiebigkeit gehabt habe. Aus Anlaß der Oelheim-Gründung selbst war er am 29. Januar 1886 von der Strafkammer III des Landgerichts I Berlin wegen Verfehlung gegen Art. 249 H.-G.-B. zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt worden; aber die Strafe wurde in 4000 Mk. Geldbuße umgewandelt, grade wie die von derselben Kammer am 8. Februar 1884 anläßlich der Vereinsbank-Gründung gegen ihn erkannten vierzehn Tage Gefängniß in 1400 Mk. Geldstrafe umgewandelt worden sind. Wie er diese Begnadigungen zu erwirken vermochte, diese Frage wurde bereits mehrseitig aufgeworfen, beantwortet ist sie noch nicht.

Nothwehr gegen Prügelpädagogik. Ein ganz seltener Streik sollte nach dem „Liegn. Tagebl." Montag im Dorfe Rosenig im Kreise Liegnitz beginnen. Die Eltern der schulpflichtigen Kinder dort haben mit der Begründung, daß ihre Kinder von dem Kantor H. fortgesetzt gröblich behandelt würden, sich gegenseitig schriftlich verpflichtet, ihre Kinder vom Montag ab nicht mehr in die Dorfschule zu schicken. Der Kreisschulinspektor ist von diesem Beschluß bereits in Kenntnis gesetzt und gebeten worden, Anstalten zu treffen, daß die Kinder anderweitigen Schulunterricht erhalten. Einige Einwohner in Rosenig haben ihre Kinder bereits vor längerer Zeit aus demselben Grunde aus der dortigen Schule genommen und schicken sie nach Kunzendorf, dem Nachbardorfe, zur Schule.

Kriminalkommissar Thiel in Berlin ist, wie wir bereits in der letzten Nummer unter „Kleine politische Nachrichten" melden konnten, in der Nacht zum Freitag wegen Begünstigung verhaftet worden. Im Prozeß Sternberg erregte es, wie s. Zt. berichtet, das größte Aufsehen, als der Kriminalschutzmann Stierstädter unter seinem Eide bekundete, daß sein Vorgesetzter, Kommissar Thiel, wiederholt versucht habe, zu Gunsten Sternberg's auf ihn einzuwirken. Thiel, der sich zur Aufklärung eines großen Postdiebstahls in der Provinz befand, wurde sofort nach Berlin berufen, um vor Gericht auf die Anschuldigungen seines Untergebenen zu antworten. Die Aussagen auf beiden Seiten sind in ihren Einzelheiten wohl noch in der Erinnerung unserer Leser. Die beiden Beamten wurden ebenso wie Polizeidirektor v. Meerscheidt-Hüllessem einstweilen vom Dienst enthoben. Im weiteren Verlaufe des Prozesses wurde auch erwähnt, der Kapitän Wilson, der bei den Bemühungen zu Gunsten Sternberg's eine große Rolle spielte, habe in seinem Aeußern eine gewisse Aehnlichkeit mit dem königlichen Kommissar Thiel gehabt. Hieraus entstand das Gerücht, daß Thiel und Kapitän Wilson eine und dieselbe Persönlichkeit sei. Ob das zutrifft, ist noch nicht völlig festgestellt. Im Zusammenhang mit diesem Gerücht aber entstand wohl das andere, dem auch Staatsanwalt Dr. Romen in seiner Zeugenaussage Ausdruck gab, Thiel habe ebenso wie Direktor Luppa das Weite gesucht. Dieses Gerücht erwies sich jedoch als falsch. Während es hieß, daß er nicht mehr in Berlin weile, wurde Kommissar Thiel Donnerstag auf dem Polizeipräsidium in der Sternberg'schen Angelegenheit eingehend vernommen. Die Vernehmungen zogen sich bis spät Abends hin. Dann wurde über das Ergebniß sofort der Staatsanwaltschaft berichtet und weiter im Einverständniß dieser mit den anderen in Betracht kommenden Faktoren die Verhaftung des Angeschuldigten angeordnet. Kriminalinspektor Liebs, der die Ermittelungen leitete, vollzog die Verhaftung noch in derselben Nacht in der Wohnung des Kommissars in der Thurmstraße 54. Freitag Morgen wurde der Verhaftete in das Untersuchungsgefängniß übergeführt.

Militärjustiz. Vor dem Kriegsgericht der 11. Division in Breslau wurde am Donnerstag ein Hauptmann wegen Unterschlagung in 6 Fällen und Urkundenfälschung, verbunden mit Betrug in 3 Fällen, zu fünf Jahren Gefängniß und fünf Jahren Ehrverlust, sowie zur Entfernung aus dem Heere verurtheilt. Als Zeugen traten nach der „Bresl. Ztg." auf ein Zahlmeister, ein Sergeant, ein Militäranwärter und ein Zivilist. Während der Dauer der Verhandlung, ebenso wie bei der Urtheilsbegründung war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, da, wie der Vorsitzende des Gerichtshofes verkündete, in der Verhandlung Dinge zur Sprache kommen könnten, welche geeignet seien, in der Oeffentlichkeit das Ansehen des Offizierstandes und speziell der Kompagniechefs herabzusetzen. Die Verhandlung dauerte nahezu 4 Stunden. — Wir sehen durchaus nicht ein, weshalb die Ausschließung der Oeffentlichkeit in diesem Falle nothwendig war. Wie kann dadurch, daß gegen einen Offizier öffentlich wegen Unterschlagung, Betrug und Fälschung verhandelt wird, das Ansehen des ganzen Offizierkorps leiden? Ränidige Elemente giebt es in jedem Stande.

Vom Judendrescher. Graf Pückler hat kürzlich in Dresden eine Rede gehalten, in der er nach dem „Vorw." betonte, „die krummnasigen und krummbeinigen Judenlümmel vermehrten sich in Dresden so, daß die Stadt in kurzer Zeit ein schändlicher Judentempel sein würde. Um ein Anwachsen der Judengefahr zu verhindern, müßten alle Deutschen treu zu ihren Fürsten stehen; so würden sie eine Macht bilden, durch die man in die Lage kommen würde, das Judenthum zu vernichten und zu zerschmettern, daß alle auf der Strecke liegen. Warum verdient der Geschäftsmann nichts? Warum klagt der Bauer? Weil wir dem elenden Judenpack freien Lauf lassen und nicht dazwischen hauen, daß die Fetzen fliegen. Wir müssen die Kerle packen mit eiserner Faust, daß sie bleiches Entsetzen packt. Nehmen Sie einen Knüppel, einen Dreschflegel oder eine Mistgabel, und dann frisch drauf los, juchheirassa! Deutsches Volk! Du bist krank, aber wir müssen helfen. Wir müssen die Juden zur Ader lassen. Heraus mit dem spitzen Messer, stechen wir hinein, daß das Blut spritzt! Wir müssen schneiden, schneiden, schneiden, bis das Judenthum herausgeschnitten und beseitigt ist. Es ist ein Kampf auf Tod und Leben. In Konitz haben die Juden einen Mord begangen, und jetzt bestrafen sie Zeugen und betrügen die Richter, um frei ausgehen zu können, wir lassen uns aber alle Betrügereien gefallen, statt den Stock zu nehmen und die Gesellschaft fortzujagen. Die Juden sind unser Unglück, denn sie sind verfluchte Lümmel und müssen deshalb fort. So wie wir 1870 die Franzosen verwalkt haben, so müssen wir auch gegen die Juden verfahren und den frechen Lümmels Hiebe appliziren, wo und wann wir sie treffen." — Ist der Mann nicht reif für das Narrenhaus?

Aus Konitz. Frau Martha Masloff, die Ehefrau des kürzlich wegen Meineides zu Zuchthaus verurtheilten Bernhard Masloff, stand am Dienstag in Konitz vor dem Schöffengericht, um sich wegen Diebstahls zu verantworten. Sie hatte diesen Diebstahl Ende August begangen und gestand denselben während der Verhandlung schließlich ein, worauf sie das Gerichte zu einer Woche Gefängniß verurtheilte. Bei dieser Gelegenheit trat durch Bekundung mehrerer Zeugen zu Tage, wie schlecht der Vater der Angeklagten, der Ehemann der ebenfalls zu Zuchthaus wegen Meineides verurtheilten Frau Roß, von seiner Frau und Töchtern behandelt wurde. Unter Anderem wurde erwiesen, daß Frau und Tochter den alten Mann längere Zeit gezwungen hatten, statt in der Wohnung in einem Stallraum zu nächtigen.

„Allerweil a wengerl rauschi!" Unter diesem Titel berichtet das „Wiener Extrabl." aus Wien vom 20. d. M.: Während einer Verhandlung beim Bezirksgerichte Hietzing trat gestern ein älterer Mann wankend in den Saal: „Herr Präsident! Ich bin da angeklagt wegen so einer Sache." Richter: „Zeigen Sie mir Ihre Vorladung. Was ist es denn?" Angekl.: „Wissen's, Herr Stuhlrichter, so was im Rausch." Richter: „Aber, Mann, Sie sind ja heute wieder total betrunken." Angekl.: „Ja, Herr Notar, das ist bei mir immer so." Richter: „Kürzlich mußte die Verhandlung vertagt werden, weil Sie in unzurechnungsfähigem Zustande herkamen, und heute sind Sie wieder ganz berauscht." Angekl.: „Da kann ich nichts dafür, Herr Obernotar." Richter: „So verhandle ich nicht mit Ihnen. Sie bekommen eine neue Vorladung und dürfen an dem Verhandlungstag nichts trinken." Angekl.: Das wird schwer halten, Herr Kommandant!" Richter: „Dann wird man Sie einfach vor der Verhandlung einliefern, damit Sie nichts trinken können!" Angekl. (indem er aus dem Saal torkelt): „Das wird nichts nützen, Herr Staatsanwalt!"

Ein Kindermagen. Aus London wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Das Kollegium der Wundärzte in London hat für sein Museum eine merkwürdige Sammlung erhalten. Es ist ein Glaskasten voll Gegenstände, die sämmtlich im Magen eines noch lebenden, 10 Jahre alten Mädchens aufgefunden worden sind. Vor einiger Zeit wurde ein mageres, bleich aussehendes Mädchen in das Krankenhaus gebracht; es litt an allgemeiner Schwäche und nahm zusehends ab. Heftige Uebelkeit, verbunden mit Erbrechen, waren unter den Symptomen. Die Aerzte konnten sich die Ursache dieser Uebelkeit nicht erklären, bis das Mädchen eines Tages einen 1⅝ Zoll langen Gartennagel erbrach. Man fragte es aus und es gestand, noch fünf andere verschluckt zu haben. Sein Zustand war sehr gefährlich; gleichwohl entschlossen sich die Aerzte dazu, den Magen zu öffnen. Vier Wundärzte waren bei der Operation zugegen, und mit Hülfe der Zange wurden viele im Magen befindliche Gegenstände entfernt. Zum größten Erstaunen der Aerzte hatte es aber mit den fünf Nägeln nicht sein Bewenden. Man entfernte mit der Zange 42 eiserne Gartennägel, 93 messingene und eiserne Nieten, ¼ bis 1 Zoll Länge, 12 große Nägel, einige Nägel mit Messingköpfen, 3 Kragenknöpfe, eine Sicherheitsnadel und mehrere Nähnadeln. Am Tage nach der Operation warf das Mädchen drei weitere Gartennägel und 2 Nieten aus, am dritten Tage kam eine Feder zum Vorschein und innerhalb eines Monats 30 weitere Gartennägel, 8 Nieten und eine Schreibfeder. Seltsamerweise hat sich das Mädchen unter sorgsamer Pflege erholt. Es hat diese 200 Gegenstände im Laufe von 8 Monaten verschluckt. Nach Aussage der Aerzte ist dieser Fall der einzige (mit Ausnahme eines mit tödtlichem Ausgange), wo eine so große Zahl verschluckter Gegenstände dieser Art nachzuweisen gewesen ist.

Eine furchtbare Waffe. Man schreibt der „Frankf. Ztg." aus St. Petersburg vom 15. November: Aus dem Bericht „Ssibirski Westnik" über eine kürzlich in Tomsk stattgehabte Gerichtsverhandlung sei eine merkwürdige Stelle mitgetheilt. Beim Zeugenverhör richtet der Vertheidiger Terpilowski an den Landgensdarmen Merinow mehrere Fragen, und dabei entspinnt sich folgende Unterhaltung: Vertheidiger: „Zeuge, können Sie mit Bestimmtheit behaupten, daß der Angeklagte geschossen hat und nicht die Gendarmen?" Zeuge: „Ja, denn wir haben keine Revolver, sondern nur Revolverfutterale." Vorsitzender: „Wie? nur Futterale ohne Revolver?" Zeuge: „Zu Befehl, Ew. Excellenz, man giebt uns nur Futterale." Vorsitzender: „Aber welchen Zweck haben denn leere Futterale? Sollen sie etwa dazu dienen, den Leuten Schrecken einzujagen?" Zeuge: „Das weiß ich nicht, Ew. Excellenz." — Einen Vorzug jedenfalls hat die Revolver-Bewaffnung der Landgensdarmen im Gouvernement Tomsk: die Futterale können nicht von selbst losgehen.

Eine Frau als Afrikaforscherin. Wie aus Paris berichtet wird, steht Mme. Jean Pommerol im Begriff, zu einer neuen Expedition in das Innere von Afrika aufzubrechen. Ihr Ziel ist, die Sitten und Gewohnheiten der Eingeborenen in der Sahara zu studiren, um ihre Beobachtungen später in einem Buche niederzulegen.

„Sieh, meine theure Charlotte, Du weißt, daß ich Dich mehr als Alles auf der Welt liebe. Um Dich vor Kummer zu bewahren, wäre mir nichts zu schwer. Ich will nichts verschweigen — nun denn . . . ich war bei Deinem Vater, aber . . ."

Er stockte wieder.

„Ich wagte es nicht . . . Ich wollte ihm nicht von uns sprechen."

Wie gefesselt von dieser Ueberraschung, die sie auf ihren Sitz niederdrückte, fand Charlotte nichts als eine unbestimmte Bewegung, um ihren Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Jetzt begannen bei ihm die Worte nur so hervorzusprudeln, als könne er nicht rasch genug sich wegen der schiefen Stellung, in die er sich gebracht, rechtfertigen. Mit allen möglichen Mitteln versuchte er dies, indem er die schwierigsten Stellen seiner Rede mit Betheuerungen und Schwüren seiner Liebe vermischte. Er habe es lange überlegt, ehe er seine Entscheidung getroffen, die, wie er sehr wohl einsehe, seiner theuren Freundin peinlich sein müsse. Eine unbedingte Nothwendigkeit habe ihn dazu gezwungen. Wenn er die Frage ihrer Heirath kurzer Hand vorgebracht hätte, würde Herr Serviere seine Einwilligung versagt haben; seine Gewißheit in diesem Punkte stütze sich nicht etwa auf Einbildung, sondern auf Thatsachen.

„Dein Vater hat sich mir gegenüber immer außerordentlich liebevoll gezeigt, mehr wie ein zweiter Vater, als wie ein Vormund . . . . ich werde ihm dafür ewig dankbar sein. Aber er versteht meinen Charakter nicht. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat er sich in seiner Meinung über mich zwar äußerlich freundschaftlich, thatsächlich aber — fast feindlich gezeigt."

„Aber Julien, kannst Du . . ."

„Er betrachtet mich wie ein Kind, ein leichtes, oberflächliches Wesen, das unfähig ist, einen festen, ernsthaften Willen zu haben. Sage nicht nein . . . . Sicherlich hätte er mein Vertrauen schlecht aufgenommen, hätte mich, sei es aus Interesse, sei es aus Liebe für Dich, in seiner eifersüchtigen Zuneigung nicht würdig gefunden, einen Schatz wie Dich zu besitzen.

Es war etwas Wahres an dem, was er bezüglich der Denkweise des Vaters aussprach; thatsächlich aber hatte Julien in Gegenwart des Herrn Seviere nicht gewagt den Mund zu öffnen, in Folge der Zaghaftigkeit und moralischen Schwachheit, welche ihn vor jedem Kampfe zurückschrecken ließ.

„Wie hätte sich unsere Lage gestaltet?" sagte er als Entgegnung auf Charlottens Kopfschütteln. „Dein Vater hätte wahrscheinlich unsere große Jugend als Vorwand genommen. Unter allen Umständen wäre er nach meinem Geständniß gezwungen gewesen, mich von hier zu entfernen. Diesem gewaltsamen Auseinanderreißen habe ich . . . eine freundschaftliche Trennung . . . auf kurze Zeit vorgezogen. Ich habe die Erlaubniß erhalten, nach Paris zu gehen, angeblich um meine Rechtsstudien dort zu vollenden . . . . in Wahrheit aber . . ."

Das war denn doch zu viel. Charlotte versuchte nicht mehr ihre Thränen zurückzuhalten, sie bedeckte mit ihren zitternden Händen ihr Gesicht und stammelte unter heftigem Schluchzen:

„Du willst mich verlassen: Daran hast Du gedacht? Ah! . . ."

Julien nahm sie, ernstlich beunruhigt, in den Arm. Angesichts dieses Schmerzes kam ihm die Reue. Aber seine Eigenliebe erwachte und legte dem Erwachen seines Herzens Stillschweigen auf. Und dann war er auf Grund von Sophismen, die ihm sein Eigensinn eingab, und die er seiner Gewohnheit gemäß mit dem schönen Namen „Willen" belegte, dahin gekommen, daß er sich selbst überzeugt hatte. Es war gewiß nur das gemeinsame Interesse, das ihm maßgebend gewesen. War er einmal in Paris, dann würde man schon sehen; Himmel und Hölle würde er in Bewegung setzen, um einen Verleger für sein großes Gedicht, den Gegenstand der Bewunderung für Theophraste Lardoyer und Charlotte, zu finden. Dann würde ein historisches Drama, dessen Plan schon vollständig, Scene für Scene in seinem Kopfe fertig war, folgen. Das Odeon, vielleicht sogar die Comédie française würden dem neuen Stern ihre Pforten öffnen. Die Liebe würde sich ihm verbinden und ihm alle Hindernisse zu überwinden behülflich sein. Erst der Erfolg des Gedichts, dann der Erfolg im Theater, Ruhm, Glück, das alles sah er vor sich.

„Wenn ich dann zurückkomme, nachdem ich bewiesen, was ich leisten kann, wenn ich meinen Ruf begründet, einen Namen habe, wird Dein Vater gezwungen sein, einzuwilligen, und nichts wird uns dann mehr trennen. Dann werden wir uns für immer ganz angehören. Für ewig!"

Er war immer mehr in Ekstase gerathen, seine Augene starrten nach dem strahlenden Horizont, wo er die Triumphe des Dichters mit den Freuden der Liebe vereint erstehen sah. Charlotte weinte unablässig. Was lag ihr an Ruhm, Namen, Geld? Sie verstand und hörte aus Allem nur Eines heraus: Julien konnte sie verlassen, verließ si freiwillig. Kein anderer Gedanke fand in ihrer Seele Raum. Diese erste Enttäuschung griff sie um so härter, um so grausamer an, als sie ihr Vertrauen erschütterte. Julien war also ein leichtfertiges, oberflächliches Wesen, unfähig, etwas ernstlich zu verfolgen.

War er das wirklich? Wenn sie daran dachte, daß sie eben noch so glücklich war, sich ihres Glückes so sicher fühlte, hätte sie aufschreien mögen. Wohin war nun der Vogelsang, der das künftige Glück pries? Wo war jetzt die Hymne des blauen Himmels und der feiernden Natur? Dies unverletzliche Asyl stieß die arme Hilfesuchende zurück, und öffnete ihr Heiligstes unbarmherzig dem finstern Henkersknecht Unglück.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.